

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 15. November 1913.

17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Krise und Arbeiterklasse. — Wen Gott lieb hat, den schickt er nach
der Heuschauer. — Zur Sandsteinbruchindustrie in den reichs-
ländischen Vogesen. — Positive Arbeit der Sozialdemokratie. —
Die Verschleppungstaktik des Bauarbeitgeberbundes. — Ver-
antwortlichkeit des Steinbruchbesizers wegen niedergehenden Ge-
wölbes. — Korrespondenzen. — Steinausfahrungen. — Hyänen
auf dem Arbeitsmarkt. — Mandschau. — Bekanntmachung des Ver-
bandsausschusses. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. —
Abreisen-Mitteilungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten.
— Anzeigen.

**Beilage: Unverständliches Verhalten dem Arbeiterschutz gegen-
über. — Brüssel — Gent. II. — Wirtschaftliche Mandschau. — Ge-
werkschaftliche Verfassungsfragen. — Literarisches. — Feuilleton:
Der Blinde.**

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Wulsdorf: Firma J. Ernst in Lehe. —
Oberwesel: Steinmeßgeschäft Weiler. —
Hattlingen und **Kuhrort:** Die Firmen Callin und Brandt.

Köln II. Da der neue Arbeitsvertrag noch nicht endgültig
selbstgezeichnet ist und zu einer Arbeitsniederlegung kommen
kann, so werden die Marmorarbeiter gebeten, Köln zu
verlassen.

Oberreit (Zahlsstelle Striegau). Mit dem Granitwert
Kulmitz wurde auf weitere zwei Jahre ein Tarifvertrag
abgeschlossen. Die Erhöhungen belaufen sich auf zwei bis
drei Prozent. Von der Abmachung werden 130 Kollegen
betroffen.

Zwillingenberg. Der Streik im Granitwert Rütch & Rein-
muth dauert unverändert weiter. Die meisten Pflaster-
steinmacher sind abgereist.

Krise und Arbeiterklasse.

Mit harten Schlägen bringt der Kapitalismus dem
Proletariat die Einflucht für die Segnungen der bürgerlichen
Wirtschaftsordnung bei. Noch nicht vor Jahresfrist er-
schütterten blutige Kriege die zivilisierte Welt, tobte die
Kriegsfurie an der Peripherie Europas, und ein gut Teil
fürchtete vor dem revolutionären Proletariat was es die ver-
hinderte, daß der Kriegsbrand auch in die mit Sprengstoff
geschwängerte Atmosphäre des Abendlands geschleudert
würde.

Die Kriegstrommel ruht! Aber die Massen gewaltig
aufrüttelt, zieht durch die Lande, Not und Elend hinter
sich ziehend, das Lotengespenst des Kapitalismus — die
Krise. Kein Protest vermag die immer wiederkehrende hin-
wegzuschaffen. Fest verwurzelt ist sie in der heutigen Gesell-
schaftsordnung, fest und fällt mit ihr. Die Fabriken stehen
still, die Kapitalisten flüchten erschreckt in den Schoß ihres
Besizers, die Arbeiter wirft man auf Pflaster, beraubt sie
der notwendigsten Lebensmittel, weil sie — zuviel Waren
geschaffen haben!

„Krisen aus Ueberfluß“, als die notwendige Folge eines
„fehlerhaften Kreislaufs“, nannte schon der große Utopist
Fourier die gewaltigen Entladungen kapitalistischer Ueber-
flüsse. Wohlthätig einsehend, um dann wieder einer besseren
Konjunktur Platz zu machen, verringert sich die Zeitpanne
zwischen Konjunktur und Krise mehr und mehr. Die Gesell-
schaft, die das Kriseln in den Gliedern ihres so widerprüch-
vollen Körpers verspürt, fühlt sich erschreckt und sucht nach
Abhilfe. In ihrer Unfähigkeit, die wühlenden Kräfte zu
begreifen, muß sie schließlich die Nutzlosigkeit ihrer Krisen-
dämpfung einsehen. Man denke an die Hoffnungen unserer
Ökonomieprofessoren auf die Trusts und Monopolbildungen.
Das Zeitalter der ruhigen Entwicklung schien erreicht. Um
so größer war der Rachenjammer, als die Krise des Jahres
1907 hereinbrach. Wie Seifenblasen zerplakten alle Wunder-
märchen vom „krisenlosen“ Kapitalismus. Wohl vermochten
die Trusts die Formen der Krisen zu ändern, weniger schmerz-
haft aber wurden sie nicht. Soweit die Trustgebilde auf die
Entstehung und den Verlauf der Krisen überhaupt irgend-
welchen Einfluß ausüben konnten, war derselbe schon be-
schränkt durch die Anarchie in der gesellschaftlichen Produk-
tion. Wohl vermögen die Industrieherrn bei dem Nahen
einer Krise die Produktion einzuschränken, größere Preis-
stütze wenigstens in den kartellierten Industrien zu ver-
meiden, sie vermögen auch den Uebergang von guter Kon-
junktur zur Krise der Mäßigkeit zu berauben. Um so länger
aber ist ihre Dauer und um so fühlbarer sind ihre Wirkungen.

Erst eine Wirtschaftsordnung, in der Konjunktion und
Produktion geregelt ist, wäre vernünftig. Aber auf Ver-
nunft und Volkswohlstand preist der Kapitalismus, wenn
es seinen lohnenden Profit abwirft. Aber die Profite drän-
gen die Kapitalisten, ihre Betriebe auszudehnen. Der zu
Kapital gewordene Profit schreit nach Vermehrung. Die
Ausdehnungskraft der Produktion wird zum Ausdehnungs-
bedürfnis. Der Kapitalist muß bei Strafe des Untergangs
seinen Betrieb vergrößern, die Technik vervollkommen. Je
größer aber sein Betrieb, je wohlfeiler seine technische Ein-
richtung, um so größer die Warenmengen, die verkauft sein
wollen. Ist der Markt nicht mehr aufnahmefähig, dann be-
ginnt ein trampfhaftes Suchen nach neuen Absatzgebieten.
Man beglückt Afrika, Asien, Amerika mit den mitunter sehr
zweifelhaften Kulturprodukten der Industrieländer, gründet

Kolonien usw. Aber die Ausdehnung der Märkte kann nicht
Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die
Kollision wird unvermeidlich. Es hilft nichts, daß der Ka-
pitalismus den Militarismus zu einer ausgiebigen Prüfde
für seine Profitmacherei gestaltet. Seine Versuche, die Ko-
lonialgebiete als günstige Absatzmärkte zu benutzen, erweisen
sich als trügerisch. Sie helfen im Gegenteil die Situation
noch verschärfen, wenn sie schon selbst in das Stadium eines
exportierenden Staates getreten sind. Sogar das so viel
gepriesene Trustsystem vermag. Der Verkehr stockt, die
Waren verkommen, die Märkte sind überfüllt, Krach folgt auf
Krach, Bankrott auf Bankrott, alle Gesetze der Waren-
produktion sind auf den Kopf gestellt. Die Produktionsweise
rebelliert gegen die Austauschweise. Allmählich ist der
Ueberfluß aufgebraucht, die Krise weicht, die Produktion
beginnt wieder, erst langsam und zaghaft, geht dann in Hoch-
konjunktur über, um schließlich im Graben eines neuen Krachs
zu enden.

Nun ist es selbstverständlich, daß die Neubildungen im
Wirtschaftsleben nicht ohne Einfluß auf die Krise vorüber-
gehen konnten. In Zeiten früherer wirtschaftlicher Depres-
sionen wurden die Waren massenhaft unter ihrem Werte
verkauft. Die Preise sanken rapid, um erst wieder in den
Zeiten der aufwärtsbewegenden Konjunktur zu steigen. Wie
anders ist es heute! Dank der Trusts und Verkaufsmonopole
bleiben die hohen Preise auch während der Krise erhalten,
um aber trotzdem während des wirtschaftlichen Aufstiegs
noch weiter in die Höhe zu schnellen. So erweisen sich die
Trusts als das Mittel, durch ihr preisdiktierendes Wesen
die Notlage des Proletariats während einer Krise zu ver-
schlimmern.

Noch nicht nur die Arbeiterklasse wird während einer
Krise aufs schwerste getroffen. Auch die Klasse der Kapita-
listen hat bei Beginn der neuen Konjunktur gelichete
Reihen. Wehe dem Kapitalisten, der unter die Räder der
alles zermalmenden, in den Zeiten einer Krise gewaltig
arbeitenden Konzentrationsmaschine kommt. Sein rettungs-
loser Mut ist die Folge. Und das ist das revolutionär
wirkende Element der Krise, daß sie die Konzentration des
Kapitals beschleunigt, viele kleine und größere Kapitalisten
totzuschlägt, die Kartell- und Trustbildung in schärfster Gang-
art fördert und so dem Sozialismus die Bahn ebnet.

Auf jenen Gebilden, die schon heute die Produktion in
ausgedehntem Maße beherrschen und regeln, wird einst der
Sozialismus sein siegreiches Banner entfalten. Von der
 Klarheit der proletarischen Erkenntnis, der revolutionären
Energie und der Geschlossenheit der Massen wird es ab-
hängen, wie lange noch der Kapitalismus mit seinen Seg-
nungen die Menschheit überhäutet wird.

Der Kampf des Proletariats gegen die Krisen kann nur
als ein Kampf gegen den gesamten Kapitalismus geführt
werden. Mit ihm steht und fällt die widersinnige Wirt-
schaftsordnung mit ihren Krisen, ihrem Elend und ihrer
Not. Sie wird und muß fallen, um einem neuen Produk-
tionsystem Platz zu machen: dem Sozialismus.

Wen Gott lieb hat, den schickt er nach der Heuschauer!

Die Arbeitsverhältnisse in der Heuschauer (Grasshaff
Glas) sind für die Steinarbeiter keine rosen. Die jetzt
eintreffende schlechte Konjunktur wird aber von den Unter-
nehmern und deren ergebenden Kreaturen, den Polieren, der-
art gegen die dort beschäftigten Arbeiter ausgenützt, daß
infolge der einkehrenden Lohnrückerei und der überaus schä-
nigen Behandlung der Arbeiter durch die Poliere, sich gegen-
wärtig die Situation dort bedenklich zuspitzt. Ein auswär-
tiger Kollege, der dort Arbeit nehmen wollte, besuchte die
vorhandenen Arbeitsstellen, war aber von dem Vor-
geschundenen so erbaute, daß er wieder das Weite suchte. Er
schildert die Verhältnisse daselbst wie folgt:

In Ruders bei der Firma Zeidler arbeiten 10 Mann.
Sie klagen, sie mühten dort öfter Bubenrecht machen, da der
Polier den Tarif zu hintergehen versuche. Bei der Firma
Schilling in Ruders arbeitet zurzeit kein Mann. Der dortige
Polier, der ebenfalls ein sehr schneidiger Mann gewesen sein
soll, liegt selbst an der Proletarierkrankheit danieder, er muß
ebenfalls die schädlichen Wirkungen des Steinmeßberufs an
seinem eignen Leibe erfahren.

Der Betrieb in Goldbach, wo 17 Mann arbeiten, macht
auf den Fremden keinen günstigen Eindruck. Das Material
ist dort sehr hart und um die Bestimmungen der Bundesrats-
verordnung scheint man sich nicht besonders zu kümmern. Bei
dem hatten Stein muß daselbst ein Steinmeß tüchtig ar-
beiten, wenn er was verdienen will. Für einen Kollegen,
der schon angegriffen ist oder sich kränzlich fühlt, ist dieser
Stein nicht. Den Betrieb daselbst beaufsichtigt der Polier
Wustmann; dessen Sohn, der dieses Jahr auch Polier ge-
worden ist, soll es trotz seiner Jugend und geringen Erfah-
rungen im Praktischen sehr wohl verstehen, die alten Gesellen
zu schikanieren. Die Umgebung von Goldbach ist namentlich
im Sommer außerordentlich schön. Es gibt viel Wald, wo
sich die Steinmeßer Sonntags erholen und spazieren gehen
können. In der Umgebung gibt es noch eine Anzahl joga-
nanter Mülsteinergewerke. In kleinen Buden hocken da
die Leute, um aus Findlingen Mülsteine zu hauen. Leider
sollen es diese Leute nicht für nötig halten, sich einer Organi-
sation anzuschließen.

Von hier begab ich mich nach Wünschelburg und
bemerkte, über Friedrichsgrund-Abendorf gehend, schon von
weitem den großen Steinbruch. Nach dreistündigem Marsch
kam ich auf dem Steinmeßplatz an, wo ich auch eine große
Steinsägerei vorfand. Ich sprach an, da sagte ein Kollege
zu mir: Du mußt „böhmisch“ (tschechisch) sprechen, dann wirst
du Arbeit bekommen. Ich dachte bei mir, das Ding ist gut,
denn ich konnte nicht böhmisch sprechen. Ich sah da zwei
Leute herumlaufen, die es sehr eilig hatten und dachte mir,
das müssen wohl die Poliere sein. Es arbeiteten daselbst
ungefähr 37 Mann. Auch dieses Material ist hart und die
Leute sehen sehr angegriffen aus. Der Polier Warnischel soll
es sehr gut verstehen, sich billige Arbeitskräfte zu besorgen.
Wenn er Steinmeßer braucht, schreibt er nur nach Oesterreich
und läßt sich von dort welche kommen. Kommen Deutsche
um Arbeit anfragen, so können sie getrost ihre Straße weiter-
ziehen. In seinen Werberbriefen soll er den Ausländern
Versprechungen machen, die dann, wenn sie erst einmal hier
sind, nicht gehalten werden, dann gibt er ihnen getade, was
er Lust hat. Eine Ausnahme macht er hierin nur mit seinen
Lieblingen, die er noch etwas verdienen läßt. Im übrigen
ist sein Auftreten gegen die Arbeiter derart herrisch, daß
man oft sagen hört, dem fehlen bloß noch Sporen. Besonders
beim Abnehmen stellt er mandmal nahezu unerfüllbare An-
forderungen an die Kollegen, die, wenn er sie selbst erfüllen
sollte, wohl schwerlich ausführen könnte. Es macht sich
theoretisch eben alles viel leichter, wie in der Praxis. Mit
Wochenlöhnen von 10, 15 und 18 Mk. müssen manche Kol-
legen gar nicht so selten nach Hause gehen. Dabei soll es
eine Vergünstigung sein, wenn dort einer Arbeit bekommt.
Was soll nun die Begünstigung für einen Zweck haben?
Der Warnischel, sammelt Sie etwa deshalb nur Ausländer
um sich herum, damit Sie mit ihnen machen können, was
Sie wollen; damit Sie etwa, wenn die Leute einmal ihr
Recht verlangen und Ihnen die Wahrheit sagen, ihnen mit
der Ausweisung drohen können? Warum können Sie die
deutschen Steinmeßer, die sich von Ihnen nicht so ins Bod-
horn jagen lassen, nicht auf Ihrem Plage vertragen, und
warum zwingen Sie die Leute, die in Wünschelburg wohnen,
außerhalb zu arbeiten? Halten Sie den Blick von Leuten,
die ihr Recht verlangen, nicht aus, dann leben Sie wohl.

Sodann fuhr ich mit der Eulengebirgsbahn nach Mittele-
steine. Dort arbeiten ebenfalls unter einem böhmischen
Polier bei der Firma Niggel etwa 9 Mann. Es herrschen
da die oben geschilderten Verhältnisse, nur in etwas kleinerem
Maßstabe. Es soll da auch mit dem Tarif nicht so genau
genommen werden und beim Einstellen von Arbeitern öfter
zu Differenzen kommen, die man damit zu beiseitigen sucht,
indem der Werkführer Dufowiz immer die Schuld auf den
Polier und dieser auf Dufowiz schiebt. Diese beiden kennen
sich aus, aber die Steinmeßer durchschauhen das Spiel und
werden wohl wissen, was sie bei der nächsten Tarifbewegung
von Dufowiz zu halten haben. — Auf dem Platz von
Schilling in Mittelsteine arbeiten 35—38 Mann. Polier
und Direktor scheinen auch böhmische zu sein; sollte ich mich
irren, um so angenehmer wäre es mir. Hier sprach ich mit
einem Kollegen, der deutsch sprach, mußte aber mein Ge-
trauen bemitleiden, wie ich hörte, daß der Kollege, als der
Polier herantam, auf einmal nicht mehr deutsch sprechen
konnte, sondern böhmisch weiterredete. Bei den übrigen
deutschen Kollegen muß dieses Verhalten des Steinmeßer,
der deutsch reden kann und sich, wenn er mit dem Polier
spricht, der böhmischen Sprache bedient, doch im höchsten
Grade Mißtrauen hervorrufen und kann der Einigkeit der
Steinmeßer niemals förderlich sein. Beim Einstellen von
Arbeitern ist es genau so wie in Wünschelburg. Kommen
Deutsche, so gibt es keine Arbeit, diese müssen weiterziehen,
kommen aber Böhmische, so werden sie eingestellt, weil man
weiß, daß man mit denen machen kann was man will. So
erging es auch mir, ich bekam keine Arbeit, trotzdem mir von
Kollegen gesagt worden war, daß der Polier vorher geäußert
hatte, er stelle noch Leute ein; wie mir nachträglich mitgeteilt
wurde, hat er auch tatsächlich noch Arbeiter, allerdings
böhmische, eingestellt.

Das sind so die Verhältnisse in der Heuschauer, wo die
böhmischen Poliere solche Arbeiter einstellen, die sie gern
haben, um womöglich den Tarif als Nebenjache betrachten
zu können. Wenn da der Polier was sagt, da wird mit dem
Kopfe genickt, aber nicht nein gesagt, denn da könnte der
Polier mit Feierabend drohen. Da muß man wirklich sagen:
Wen Gott lieb hat, den schickt er in die Heuschauer. Deshalb,
Kollegen der Heuschauer, vereinigt euch! Reicht euch die
Hand, laßt die Kriecherei um die Poliere beiseite, zeigt, daß
ihr Männer seid! Ob böhmisch oder deutsch, wir wollen alle
Gleichberechtigung. Laßt euch nicht von den Polieren ein-
schüchtern; verlangt euer Recht; denn unser Beruf ist schwer
und der für Leben und Gesundheit schädliche. Unser Leben
ist kurz, da sollen wir uns nicht noch knechten lassen. Laßt
euch nicht zurückhalten; fordert, was ihr zu fordern habt.
Hauptächlich den böhmischen Kollegen rufe ich zu: Laßt euch
nicht als Lohnrücker verwenden; laßt euch mit den deutschen
Kollegen zu verständigen und diese werden euch mit unter-
stützen! Nur wenn ihr euch alle, ohne Unterschied der
Sprache und der Nation, zusammenschließt, seid ihr imstande,
die jegliche menschenwürdige Behandlung von euch abzu-
schütteln und euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu
erlangen. Nun habe ich geschildert, wie es in der Heu-
schauer aussieht, und ich muß gestehen, ich war, als ich auf

dem Bahnhof in Mittelsteine angelangt war, eigentlich recht froh, daß ich keine Arbeit bekommen hatte und die Heuschauer verlassen konnte. Ich hatte mir die Heuschauer anders vorgestellt. Aber dort Arbeit nehmen will, dem rate ich, sich nur bei den dortigen Kollegen zu erkundigen und nicht beim Postler; denn nur von erstem wird er eine richtige Antwort bekommen.

Zur Sandsteinbruchindustrie in den reichsländischen Vogesen.

Nachdem allgemein bekannt ist, daß sich die Sandsteinindustrie in einer sehr gedrückten wirtschaftlichen Lage befindet, geht man auch dazu über, diese Industrie eingehend zu beschreiben. Nun hat der Hauptmann a. D. Rudolf Gehlert im Verlage von J. Wiebbeck, Gersbach a. N., über die Sandsteinindustrie der Vogesen eine 56 Seiten starke Schrift erscheinen lassen. Eingangs wird festgestellt, daß die Steinindustrie eine bestimmte Abhängigkeit nicht hat, daß heute nach jener Stadt, in einigen Monaten nach einer ganz anderen geliefert werden muß. Dadurch entsteht schon eine bestimmte Unsicherheit, weil kein Unternehmer mit bestimmtem eingehenden Aufträgen rechnen kann. Für die übrigen Baumaterialien, wie zum Beispiel: Holz, Mauersteine, Kalk usw., gäbe es Marktpreise, für den Naturstein bestehen solche bestimmte Festsetzungen nicht. Dadurch seien schon Schwankungen bei den Submissionen gegeben. Im Elsaß hat die Sandsteinindustrie besonders nach den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts eminent zugenommen. Das stimmt auch, denn in Strassburg, Colmar und Mülhausen sind nach der Annexion eine Reihe großer öffentlicher Gebäude entstanden. Falsch halten wir die Behauptung des Verfassers, wenn er sagt (S. 14), daß vom Jahre 1886 bis 1910 die Vorkasse um 60 Prozent gestiegen sind. Wenn er sich dabei auf die Zahlen der Berufsgenossenschaft zu stützen glaubt, so kann mit jenen Zahlen gar nichts bewiesen werden, denn jene Statistik war früher nicht einwandfrei. Der Verfasser weist darauf hin, daß der elassische Steinindustrie durch die Pfälzer Unternehmer eine so große Konkurrenz bereitet wird. Das mag stimmen, dagegen kann aber nichts getan werden, denn es geht unmöglich, das Nachbarland ohne weiteres von den Lieferungen auszuschließen zu können. Im Reichsländ Elsaß-Vogesen gab es nach den Angaben der Steinbrüche-Berufsgenossenschaft 180 Sandsteinbrüche mit 1010 Vollarbeitern. Diese Zahlen stimmen mit den der Berufs- und Betriebszählung allerdings nicht überein. Interessant ist, wie der Verfasser schildert, daß in einem Orte die Steinarbeiter täglich einen Weg von 12 Kilometern, bei zusammen 400 Meter Steigung zu überwinden haben, und dann noch 12 km auf der Eisenbahn zurücklegen müssen. Die Arbeiter müßten von früh 4 bis abends 8 Uhr unterwegs sein. Wenn man betrachtet, wie schwer der Beruf eines Steinarbeiters ist, dann wird es erklärlich sein, wie abgemessert viele Kollegen in körperlicher Hinsicht aussehen. Mit Recht kritisiert der Verfasser, daß in den einzelnen Gebieten nicht einmal der Kampf zu einem Arbeitsnachweis vorhanden sei. Durch diese Regellösungen beim Auftrags um Arbeit entsteht dem Arbeiter der größte Schaden und Zeitverlust. Weil er gar keinen Anhalt über den Stand der geschäftlichen Lage hat, so kommt es vor, daß er manchmal bei einem Unternehmer zuschlägt, der abseits seines Betriebes unterhält, während aber in der Nähe schon Arbeitsgelegenheit aufzutreiben gewesen wäre. Gehlert sagt wörtlich: „Weiterhin wird arbeitserleichterlich marschiert, müßsam gesucht, geduldi gewartet. Was alles den Unternehmern wenig oder selten berührt.“ Ja, so ist, wie der Verfasser schreibt.

Der blaue Montag ist auch im Vogesengebiet zu Hause, aber diese Unfälle sind immer mehr im Zurückgehen. Es wird anerkannt, daß der Steinarbeiterverband dasjenige dazu beitrug, um eine Besserung eintreten zu lassen. Daß der Verfasser die gesundheits-schädliche Wirkung des Steinarbeiterberufes anerkennt, haben wir bereits in der letzten Nummer des Verbandsorgans in dem Artikel: Wie die Steinarbeiter verhöhnt werden, dargelegt. Wir konnten uns dabei auf ein sehr zustimmendes Zitat des Verfassers stützen.

Der Verfasser kann der Sandsteinindustrie für die Zukunft leider ein günstiges Prognostikon nicht stellen; er meint, die besten Zukunftsaussichten liegen auf Seiten der Zement- und Klinkerindustrie. Damit hat er die Sachlage zweifellos richtig überblickt. In dem Büchlein sind auch einige Stellen enthalten, denen wir nicht zustimmen können, aber dessenungeachtet hat der Verfasser eine sehr verdienstvolle Arbeit geleistet. Bei einer Neuauflage ist die Einschaltung eines Inhaltsverzeichnis, sowie das Aufstellen eines Schlagwortverzeichnis mit vorzunehmen.

Positive Arbeit der Sozialdemokratie

In der Nummer vom 9. November unterzieht das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes in einem längeren Artikel sich der sehr unbedeutenden Aufgabe, nachzuweisen, daß die heutige sozialdemokratische Fraktion im deutschen Reichstage nur „negative Arbeit“ geleistet habe. Die härteste sozialdemokratische Fraktion der Welt sei zur „Schmach“ verdammend, die Arbeiter, die diese Vertretung gewählt hätten, seien die „Verworfenen“. Dieser durch nichts gerechtfertigte Vorwurf gegen unsere Fraktion ist nicht neu, er kehrt, so oft er auch, selbst von Vertretern der bürgerlichen Parteien, wiederholt worden ist, immer wieder. Nicht an Hunderten, nein an Tausenden von Beispielen ist in der Presse — und hier vielfach auch von Zentralorganen — auf die bisher mühevollste Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei für die Arbeiterklasse hingewiesen worden, und auch der positiven Tätigkeit der heutigen sozialdemokratischen Fraktion wurde schon oft genug Anerkennung gezollt. Ja, es kann gesagt werden, keine Fraktion des Reichstages hat ein solches Maß vor Mäßigkeit und Arbeitsfähigkeit an den Tag gelegt, wie die sozialdemokratische. Der dem letzten sozialdemokratischen Parteitag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schriftlich vorgelegte Bericht, der sich über mehr als 100 Seiten erstreckt, enthält die Fülle von sozialdemokratischen Anregungen und Anträgen, die im Interesse des werktätigen Volkes gegeben bzw. gestellt worden sind. 92 von den 110 Abgeordneten haben allein im letzten Sessionsabschnitt des Reichstages das Wort ergriffen. Der Inhalt ihrer Reden bezog die Fragen, die sie betrafen, sind fast in einer überaus reichen Zusammenfassung im August dieses Jahres in der gesamten sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden. Kein Zentralorgan, kein öffentliches Gewerkschaftsorgan hat den Mut gefunden, die wichtigsten dieser Darlegungen im einzelnen anzuzweifeln; kein gewerkschaftliches Organ hat es vermocht, auch nur einen einzigen der von den 92 sozialdemokratischen Abgeordneten erstellten Fragen eine arbeitserleichterliche Tendenz zu unterstellen. Weiter heißt es: „Dass eine Anzahl fortgeschrittener Gelehrter durch die Initiative und Mitwirkung der sozialdemokratischen Fraktion zustande gekommen sind, so z. B. die Sorge über die einheitlichen Maßregeln, über die Beziehung von Schornsteinen und Giebeln, die kleine Straßenverkehrsordnung, die Milderung der militärischen Anstaltsparagrafen und die Beschaffung der Stiefel beim Wehrbeitrag. Alles das in den wenigen Monaten. Und wieviel wäre noch zugunsten des Volkes geschaffen worden, wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien den arbeitserleichterlichen Anregungen Folge geleistet hätten. Aber nicht haben die reaktionären Parteien, zu denen auch das Zentrum gehört, zusammen, um sozialdemokratische Forderungen anzuerkennen, die vielfach auch Anregungen der christlichen Gewerkschaften sind. Dem christlichen Gewerkschaftsorgan ist diese positive Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage nicht anzuerkennen. Nur kann es nicht so viel Ansehen erlangen, der Arbeiter die Worte zu sagen, es hat nicht den Mut, die positiven Leistungen der Sozialdemokraten anzuerkennen, weil es mit August Bruch sagt: Wenn wir die Zentralorgane der Sozialdemokratie nicht mehr schäme, dann laufen uns die christlichen Arbeiter zu dieser Partei über! Und darum handelt es sich eigentlich um den Bruch gegebenen Anregung: Wir wissen, daß Sozialdemokraten endlich wirksamer, aber es ist unser (christliches) Ge-

schäft, sie zu verleumden!! Nur dieser erbärmlichen Verleumdung: auch der Artikel im Organ der christlichen Bauarbeiter seine Entstehung.

Die Verschleppungstaktik des Bauarbeitgeberbundes.

Seit dem Tage, wo die Zentralorganisationen der Arbeiter im Baugewerbe den Beschluß gefaßt haben, die Vorschläge der Unparteiischen, Magistratsrats v. Schulz, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner und Bürgermeister Rath, zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe anzunehmen, sind bereits sechs Monate verstrichen. Man sollte annehmen, daß längst völlige Ordnung in den Tariforten bestehen würde und alle Verträge ordnungsgemäß vollzogen wären. Leider haben von den circa 800 Tarifverträgen, die geschlossen werden sollen, bisher nur 28 die unterjährige Sanktion erhalten und über alle übrigen Verträge besteht noch heute keine Gewißheit, wann sie als endgültig angenommen bezeichnet werden können; ja, man kann für eine Anzahl von Verträgen heute nicht einmal den Ort ihrer Aufbewahrung angeben.

Diese ganz unerhörte Verschleppung ist ausschließlich auf das Verschulden des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zurückzuführen, nach dessen Anweisungen Bestimmungen in die örtlichen Verträge hineingeschrieben worden sind, die von den Zentralvorständen der Gewerkschaften unter allen Umständen abgelehnt werden müssen. Es steht heute fest, daß der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe über einige Entscheidungen der Unparteiischen allgemeine Regeln aufgestellt hat, die zu beachten er seinen Ortsgruppen zur Pflicht gemacht hat.

Dabei hat der Arbeitgeberbund Auffassungen zutage gefördert, an die kein Mensch gedacht hat; auch die Unparteiischen nicht! Es mag zugegeben werden, daß die von den Unparteiischen formulierten Bestimmungen es im einzelnen an der nötigen Klarheit haben fehlen lassen, und daß aus diesem Grunde der Arbeitgeberbund sich die ihm beliebte Auslegung selbst zurechtgelegt hat. Aber nachdem der Bund durch die näher präziserte Meinung der Unparteiischen und ihrer Entscheidung im Haupttarifamt, wie es beispielsweise in dem Streit über die von dem Arbeitgeberbund beabsichtigte Verallgemeinerung der Akkordarbeit der Fall ist, nicht mehr im Zweifel darüber sein konnte, daß seine Auffassung falsch ist, hätte man von dem „tariffreundlichen“ und „friedlichen“ Arbeitgeberbunde erwarten dürfen, daß er nunmehr alles tun würde, um die Hindernisse für die Unterzeichnung so schnell als möglich zu beseitigen. Statt dessen läuft der Arbeitgeberbund mit einem grundsätzlichen Antrag aus neuer Stürm für die Ausdehnung der Akkordarbeit. Die nächste Sitzung des Haupttarifamts, die vom 11. bis 13. November in Berlin abgehalten wird, soll nicht weniger als 48 Verhandlungspunkte erledigen, von denen außer dem obigen Antrag noch in zehn Fällen über die Akkordarbeitfrage zu entscheiden ist, wo entweder die Unternehmer die Zulassung der Akkordarbeit fordern, oder die Arbeiterorganisationen das Verlangen abzuwehren suchen.

Bei seinem Vorgehen ist der Arbeitgeberbund geradezu strafflos. Dafür nur einige Beispiele: Aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist bisher nicht ein Vertrag zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Dasselbe trifft für das mitteldeutsche Gebiet zu, wo Herr Richter aus Frankfurt a. M. als Vorstandsmitglied des Arbeitgeberbundes das Szepter führt. Aus der Provinz Hannover, aus Thüringen, aus Bayern ist ebenfalls bisher kein Vertrag zur Unterzeichnung vorgelegt worden. In München weigert sich der Arbeitgeberverband sogar, an einer Verhandlung teilzunehmen, die zur Aufklärung eines Akkordtarifs dienen soll, für Arbeiten, für die Akkord ausnahmsweise zulässig ist. Er begründet sein tarifwidriges Verhalten damit, daß der örtliche Vertrag nicht bestehe, weil der Vorstand des Bauarbeiterverbandes sich geweigert hat, den Vertrag zu unterzeichnen. Das letztere stimmt schon; aber der Arbeitgeberverband in München vergißt dabei zu sagen, daß die Unterschrift verweigert wurde, weil er in dem Vertrage etwas verlangt hat, wozu er nach der Entscheidung der Unparteiischen kein Recht hatte. Es wäre doch wirklich gar zu verrückt, wenn man mit solchen Ansichten, wie sie der Arbeitgeberverband in München zum Ausdruck bringt, einen Vertragsabschluss vollständig verhindern könnte.

Auf diese Art wird der Abschluß der Tarifverträge für das Baugewerbe durch den Arbeitgeberbund verschleppt. Es ist gewiß kein Zufall, daß außer Karlsruhe keine Großstadt mehr vorhanden ist, die einen fertigen Vertrag hat, an dem der Arbeitgeberbund beteiligt ist. Man fragt sich unwillkürlich: Welche Absicht steckt dahinter, und sollen die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen?

Die Unparteiischen des Haupttarifamts hätten auch wohl Ursache, nach dieser Richtung hin einmal energisch einzugreifen, soweit ihre Befugnisse dazu reichen. Jedenfalls kann es auch ihnen nicht gleich bleiben, wenn all ihre Mühen um die Sache in Hintertrieben werden.

Verantwortlichkeit des Steinbruchbesizers wegen niedergehenden Gerölls.

Das Landgericht Trier hatte durch Urteil vom 7. Mai d. J. den Steinbruchbesitzer B. wegen fahrlässiger Ertung zu einer Woche Gefängnis verurteilt; auf dieselbe Strafe war auch gegen seinen Bruchmeister E. erkannt worden. B. war Mitinhaber der Trierer Firma H. u. E., die in der Nähe von Trier einen Steinbruch besitzt. Dem B. lag die technische Leitung des Steinbruchs ob. Ende September vorigen Jahres war in diesem Steinbruch ein etwa 3-4000 Kubikmeter schwerer Steinblock losgerissen worden und niedergegangen. Das Gefälle des dabei losgerissenen Gerölls betrug etwa 1 bis 1 1/2 Meter. Am 1. Oktober waren nun der Bruchmeister B. und einige Arbeiter damit beschäftigt, in den Felsblock 22 Rente einzutreiben und ihn weiter zu zerlegen. Diese Art der Bearbeitung des Blocks war von B. selbst angeordnet worden. Die dabei notwendigen Erschütterungen hatten dazu geführt, daß sich plötzlich aus dem etwas oberhalb des Blocks befindlichen Geröll ein großer Stein loslöste und in die Tiefe ging. Die auf dem Block beschäftigten Arbeiter und der Bruchmeister E. hatten gerade noch Zeit gehabt, zur Seite zu springen. Dagegen wurde ein etwas unterhalb tätiger Arbeiter Schneider von dem Stein getroffen und gegen eine Linde geschleudert. An der erlittenen schweren Verletzung war Schneider bald darniedergefallen. Die Anklage lautete nun B. und E. zur Zeit des Todes des Schneiders durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben, beide hätten aber ihre Schuld abgelehnt. B. hatte behauptet, für die Arbeiter in dem Steinbruch habe er in E. einen zuverlässigen Bruchmeister angestellt gehabt; E. selbst hatte eingewendet, er habe den Stein zwar in dem Geröll liegen sehen und auch angeordnet gehabt, ihn zu entfernen. Der Stein sei aber nicht losgerissen gewesen, er habe deshalb geglaubt, er sage so sehr, daß er sich auch

beim Zerlegen des niedergegangenen Blocks und bei den dadurch hervorgerufenen Erschütterungen nicht weiter lösen könne. Das Landgericht Trier hat aber dennoch eine Fahrlässigkeit beider Angeklagten als erwiesen angesehen. Es sei vorläufig gewesen, zwischen dem Block und dem Abraum einen die Höhe des Blocks und des Abraums angemessenen Zwischenraum zu schaffen. Diese Vorsicht sei nicht beobachtet worden. Zwischen dem Block und dem Abraum sei kein Zwischenraum gewesen. Die Angeklagten hätten mit der Erfahrungstatsache rechnen müssen, daß der auf Geröll lagernde Block sich bei der Bearbeitung lösen würde und daß sich dadurch das Geröll lockern könne. Trotzdem hätten sie die in den Unfallverhütungsvorschriften enthaltene Vorsicht eines genügenden Zwischenraums zwischen Felsblock und Abraum nicht beobachtet gehabt. Es könne zugegeben werden, daß der Stein in dem Geröll ungefährlich gewesen sei und festgeklammert habe. Diese Ungefährlichkeit habe doch aber nur solange bestanden, als an dem niedergegangenen Block nicht gearbeitet worden sei. Der Angeklagte B. habe die Bearbeitung des Blocks angeordnet gehabt, E. die Ausführung dieser Arbeit geleitet. Damit hätten beide fahrlässig gehandelt. Das Reichsgericht hat das landgerichtliche Urteil bestätigt und die Revision beider Angeklagten als unbegründet verworfen.

Ueberbies können sich die Angeklagten nicht beschweren, daß sie strenge Richter gefunden hätten. Wenn gegen die Unternehmer und ihre Ausbeher nicht strenger vorgegangen wird, dann bekommen sich jene Herren auch in Zukunft sehr wenig um die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften.

Korrespondenzen.

Mit-Vertheilung. Um den reiselosen Kollegen, welche Absicht von der Hochkonjunktur in Wetzlar zu haben, ein kleines Bild zu geben, und damit sie vielleicht ihre paar letzten Groschen nicht unnützlich verzeihen, sei ihnen folgendes mitgeteilt: Wie wir aus dem Munde der Freunde erfahren, ist bereits in alle Welt hinausposaunt und haben teils die Herren Arbeitgeber selber dafür Sorge getragen, hier im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herrsche eine Hochkonjunktur. Besonders sei es die Firma Schilling, welche mit besonders großen Aufträgen bedacht wäre. Es scheint uns aber, als wenn die Sache nicht so wäre, oder man hat von Seiten der Arbeitgeber einmal wieder ein Spiel vor, wie es die letzte Zeit öfter sich abgepielt hat. Bei C. Schilling-Wetzlar war vergangene Woche alles der Meinung, man hätte Unterarbeit für hundert Mann, denn nicht allein daß man einstellte soviel eingestellt werden konnten, nein, man baute auch noch Buben und erzählte, man sei bereit, noch mehrere Steinmehden zu bauen. Doch als der Postler den letzten Mann, welcher noch in die Bude hineinzubringen war, eingestellt hatte, ba emittelte man am Abend des Tages wieder 17 Mann. Es waren dies meistens Kollegen, welche höchstens acht Tage im Betrieb waren. Als wir uns die ganze Situation einmal näher betrachteten und über die wirtschaftlichen Entlassungen, wie sie leider hier an der Tagesordnung sind, ein Bubenrecht anberaunten, wurden wir uns einig darüber, uns dies unter keinen Umständen gefallen zu lassen. Unsere Platzvertreter nebst Abgesandten wurden beim Geschäftsführer vorbestellt, um den Grund zu wissen, weshalb man heute einstellt, Buben baut und zu gleicher Zeit auch schon wieder Feuerabend gibt. Als die Kommission wieder zurückkam, mußten wir jedoch die alte Mär hören. Es hat eine Veränderung des Planes stattgefunden und wir bekommen keine Zeichnung. Mit diesem mußten wir uns schließlich zufriedengeben, doch das Solidaritätsgefühl der Kollegen ging weiter als der Herr Postler dachte. Wir kamen zu dem Entschluß: Wenn es wirklich der Fall sein sollte, daß einige Veränderungen stattfinden sollten, so kann dies keine Erleichterung dauern und wir werden, um unsere Kollegen nicht der Randstraße auszuliefern, die Arbeitszeit verzeichnen. Als unsere Kommission abermals vorstellig wurde, und unser Vorhaben dem Herrn Geschäftsführer Wehner vorgestellt wurde, da bekam sie nun einen schönen Bescheid: Eine Arbeitszeitverlängerung gibt es nicht! Die 17 Mann mußten nun ihr Wohl auf der Randstraße suchen. Nun, wer te Kollegen, seht ihr, wie die Hochkonjunktur aussieht und wie man mit den Steinmehden der Firma Schilling umgeht. Auch bei den meisten Firmen des Bezirks haben größere Entlassungen stattgefunden. Darum, Kollegen, überlegt es euch und verfährt nicht unnützig eure sauerverdienten Groschen.

Teitenhausen. Am 1. November fand unsere Quartalsversammlung statt, welche gut besucht war. Das Referat über Tarifvertrag, welches in leichtverständlicher Weise vorgelesen wurde, hielt Gauleiter Braune. Im Punkt Verschiedenes wurde von einigen Kollegen über die Nebereien im Betriebe Buxer debattiert. Der Gauleiter sagte, dies müsse unterbleiben. — Am 2. November fand dann eine öffentliche Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Bezirkskrankenkasse statt. Zu dieser war Gewerkschaftssekretär Haarer aus Stuttgart als Referent erschienen. Das Referat lautete: Die Wichtigkeit der Krankenkassenauswahl für Arbeiter und Arbeiterinnen. Er schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, daß bei der stattfindenden Neuwahl die wahlberechtigten sich zahlreich beteiligen sollen und ihre Stimmzettel auf die vereinigte Gewerkschaften Übungs unversändert abgeben möchten. Die Versammlung war mit dem Vortage sehr zahlreich.

Hausheim. Am 9. November tagte in unserm Lokal zum Pring Karl unsere Monatsversammlung, in der auch unser Gauleiter zugegen war. Zum 1. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, welche von den Kassieren geprüft und für richtig befunden wurde. Der Kassierer wurde entlastet. Zum 2. Punkt wurde ein Antrag gestellt, welcher wie folgt lautet: Zweck der Einstellung haben alle Kollegen in ihren bisherigen Betrieben zu verbleiben, bis diejenigen Kollegen eingestellt sind, die schon mehrmals ausgesprochen haben und keine Arbeit finden. Unsere Zahlstelle hat sich sehr gut entwickelt; die Unternehmer haben sich verrecknet, wenn sie denken, den Verband unterbrechen zu können. Die Kollegen haben nun endlich begriffen, was es heißt, organisiert zu sein.

Gera. Zurzeit herrscht in den Sandsteinbrüchen in R a f t s b o r f bei Gera eine gute Konjunktur, indem auch fremde Kollegen eingestellt werden, was sonst nicht der Fall ist. So kam am 29. Oktober ein Kollege zugereist und frag nach Arbeit, welche ihm auch angeboten wurde. Als nun derselbe am nächstfolgenden Tage bis Arbeit aufnehmen wollte, wurde er nochmals zu seinem zuständigen Meister gerufen, um den Stundenlohn festzusetzen. Dieser Herr erklärte dem Kollegen, als Anfangslohn wolle er ihm 30 Pfg. pro Stunde geben, und wenn er sich eingearbeitet habe, solle er auch den Lohn von Sage und schreibe 36 Pfg. bekommen wie die anderen Kollegen. Dieser Kollege fing nun natürlich nicht an. Die Zahlstelle Gera hat schon viel Agitation auf diesem Gebiet betrieben, aber leider fehlt diesen Kollegen, die dort arbeiten, das nötige Interesse für unsern Verband. Es wäre wünschenswert, daß auch dort einmal andre Verhältnisse eingeführt würden.

Groß-Hofen (Schlesien). Im hiesigen Stadtgebiet kommt auch die Hilfs-Dunderschen mit in Frage. Natürlich hat die Tarifbewegung in erster Linie unser Verband durchgeföhrt, und zwar mit Erfolg. Da nun die Stadtverordnetenwahlen stattfinden, haben die neutralen Gewerkschaften nachstehendes Inserat losgelassen, welches von unsern Kollegen viel beachtet wurde:

Achtung! Gewerkschaftler! Auf zur Wahl! Gewerkschaftler! Gehet Montag und Dienstag Mann für Mann zur Stadtverordnetenwahl Trete ein für die Kandidaten des mit uns verbündeten Bürgervereins, unter denen sich auch als Vertreter der Gewerkschaften der Schriftführer des Bürgervereins der Fabrik- und Handarbeiter, Herr G a s t w i t z b e r g e l, befindet. Keiner fehlt! Es gilt zu zeigen, daß wir Gegner der Sozialdemokraten sind! Die Vorstände der Gewerkschaften der Fabrikarbeiter und Metallarbeiter, der Schuhmacher und Lederarbeiter, der Flechter und verwandten Berufsgruppen und der Fabrik- und Handarbeiter.

Sag nun Liebchen, was willst du noch mehr? Unsern Kollegen verfluchen den Spaß und haben für Sonntag, den 16. d. M., nach

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 46.

Sonnabend, den 15. November 1913.

17. Jahrgang.

Unverständliches Verhalten dem Arbeiterchuh gegenüber.

Auf dem 4. Internationalen Steinarbeiterkongress in Brüssel (abgehalten am 12. und 13. Oktober d. J.) wurde auch das sehr wichtige Thema: Förderung gesetzlicher Schutzbestimmungen für die Arbeiter der Steinindustrie behandelt. Referent hierzu war Kollege Staudinger, welcher auch eine längere Resolution vorlegte, die einstimmig Annahme fand. Zu dieser Resolution nahm nun das „Steinbildhauer-Journal“ in Nr. 44 Stellung und kritisiert davon einzelne Absätze in recht eigenartiger Weise.

Unsere Resolution, soweit sie kritisiert wird, müssen wir deshalb nochmals zum Ausdruck bringen. Wir fordern:

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren dürfen wegen der Gefährlichkeit in Steinbruchbetrieben überhaupt nicht beschäftigt werden. Ferner ist zu erwirken, daß die Beschäftigung von Frauen in Steinbrüchen und Werkstätten untersagt wird. Ist vorerst ein solches Verbot nicht zu erreichen, so ist anzustreben, daß für die Frauen die tägliche Arbeitszeit 6 Stunden nicht überschritten darf.

4. Um eine wirksame Kontrolle der erlassenen Arbeiterschutzvorschriften durchzuführen, sind Kontrolleure anzustellen, welche den Akten der Arbeiter entnommen sein müssen.

5. Arbeiter, welche zur Bedienung elektrischer und pneumatischer Maschinen tätig sind, müssen mindestens alljährlich einmal ärztlich untersucht werden. Die Untersuchungsergebnisse sind tunlichst in der Fachpresse zu veröffentlichen.

6. Um den Ausländern die Arbeiterschutzvorschriften verständlich machen zu können, sind diese Vorschriften auch in der Sprache der beschäftigten Ausländer herstellen zu lassen. (Zum Beispiel in Deutschland vermissen wir sehr, daß die Unfallverhütungsvorschriften nicht italienisch, polnisch usw. abgefaßt sind.)

7. Zu den gefährlichen Schieß- und Sprengarbeiten sind von den Behörden nur solche Personen zuzulassen, welche sich über die Kenntnis der Explosivstoffe hinreichend orientiert zeigen.

Die einzelnen Landesorganisationen haben die Forderungen der Steinarbeiter durch Presse und Parlament eingehend vertreten zu lassen. Schließlich ist zu verlangen, daß bei der Vergabe von Lieferungen durch Staat oder Gemeinden in erster Linie die Unternehmer berücksichtigt werden, welche mit ihren Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Tarifverträge abgeschlossen haben.

Das „Steinbildhauer-Journal“ bemerkt hierzu:

Zu 3: Es gibt im Steinbruch auch ungefährliche Arbeiten genug, zu denen sehr wohl jugendliche Arbeiter verwendet werden können. Die jugendlichen Arbeiter sind übrigens auch heute schon fast lediglich zu solchen Arbeiten herangezogen worden. (1) Frauen würden in Steinbruchbetrieben wohl nie beschäftigt worden sein, wenn sie sich nicht selbst dazu gedrängt hätten. (2) Den Arbeitgebern ist bezüglich der Beschäftigung weiblicher Arbeiter kein Vorwurf zu machen. (1)

Zu 4: Kontrolleure aus dem Arbeiterstande anzustellen, dazu wird sich der Staat nie entschließen. Und das mit Recht. (1) Arbeiterkontrolleure würden zum mindesten ebenjowenig unparteiisch sein, wie es nach Ansicht der Arbeitnehmer unsere gegenwärtigen Kontrolleure sind.

Zu 5: Diese Forderung kann ohne jede Erörterung schon heute als unannehmbar bezeichnet werden.

Zu 6: Vielleicht verlangt man auch noch, daß mit ausländischen Arbeitern nur in der Muttersprache derselben

gesprochen werden darf. — Man sollte doch bedenken, daß Forderungen zum mindesten nicht lächerlich wirken dürfen, wenn sie anerkannt werden sollen.

Zu 7: Was man hier fordert, besteht heute schon zum größten Teile.

Ein leichteres Geschwätz gegenüber so wichtigen Forderungen ist uns wahrhaftig noch nicht zu Gesicht gekommen.

Das Unternehmensblatt scheint noch gar nicht zu wissen, daß es in einigen Städten bisher schon Baukontrolleure, die dem Arbeiterstande entnommen sind, gibt. Und auch in der Steinindustrie wird es noch so weit kommen.

Die Kritik gegen den Absatz 5 ist einfach grotesk zu nennen. Mit unserm Verlangen haben wir die hervorragendsten Mäxte auf unserer Seite. — Noch lächerlicher ist das, was zum Zeitlag Nr. 6 gesagt wird, denn es verurteilt nicht einmal große Kosten, wenn die Unfallverhütungsvorschriften ins französische und italienische überleitet werden. Es ist eine große Flegellei, wenn sich ein Fachblatt über wichtige Fragen des Arbeiterschutzes in so dreister Weise äußert. Bemerkte sei, daß unser Standpunkt ebenfalls von der holländischen Gewerbeinspektion geteilt wird. — Was kann das Journal zu Nr. 7 sagen, steht allerdings dick und fett auf dem Papier. In der Wirklichkeit aber amtieren Schleichmeister, welche mit den Explosivstoffen nur höchst ungenügend Bescheid wissen.

Das muß ein sonderbarer „Fachmann“ gewesen sein, der die Zeitläge des Kongresses kritisiert hat. Wir hängen somit die albernsten Bemerkungen des „Steinbildhauer-Journals“ etwas tiefer.

Brüssel — Gent.

II.

Als die Arbeiten des Kongresses beendet waren, wurde die Weltausstellung in Gent besucht. Diese Stadt ist von Brüssel ab mittels Schnellzugs in einer guten Stunde zu erreichen. Gent ist die Hauptstadt der belgischen Provinz Ostflandern und zählt etwa 170.000 Einwohner. Vor drei Jahren fand erst eine Weltausstellung in Brüssel statt, so daß es, gelinde ausgedrückt, eine Unverfrorenheit bedeutet, wenn man die Provinzstadt Gent ebenfalls eine solche Ausstellung arrangierte. Wie man vernimmt, soll die Ausstellung den Zeichnern des Garantiefonds ein mächtiges Defizit gebracht haben, und zwar in einer solchen Höhe, daß der Staat finanziell eingreifen muß.

Die Fahrt von Brüssel nach Gent ist sehr interessant. Besonders erregt unser Interesse, daß die Landwirtschaft auf einer bedeutenden Höhe steht. Der Boden ist von sehr guter Bonität und natürlich recht ertragreich. Es werden auch viele Zuckerrüben angebaut. Die Straßen und Feldwege befinden sich in tadelloser Verfassung; die einzelnen Bauerngehöfte sind meist hinter Obstgärten versteckt. Der belgische Bauer scheint darauf großen Wert zu legen, daß sein Gehöft auch nach außen hin einen recht guten Eindruck macht. Wir bemerkten keinen Bauernhof, welcher nicht einen gut gepflegten Gemüsegarten aufwies. Die Viehzucht steht ebenfalls in hoher Blüte, dementsprechende Studien konnte man an dem prächtigen Weideweihe machen. Besonders fiel auf, daß öfter die kleinen Häuser die Eggen selbst zogen. Vater und Sohn verrichteten somit Zugtierdienste. Die Großgrundbesitzer im preussischen Sinne scheint es in Belgien nicht zu geben und das ist auch gut so.

Der Zug rastet nun in Gent ein. Das Pfeifen der Lokomotive hat mit dem Tuten der Dampfschiffe eine große Ähnlichkeit. Gent hat einen prächtigen Bahnhof, der im Innern der Halle sogar reichen gärtnerischen Schmuck aufweist. Wir bemerken uns sofort in die Stadt, die ja in der Geschichte eine recht bedeutende Rolle gespielt hat. (Am 24. Dezember 1814 wurde hier der Friede zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschlossen.) Gent mit seinen vielen Schulen ist sicherlich eine wirtschaftlich gutgestellte Stadt. Die Häuser machen einen anheimelnden Eindruck; die vielen Kirchen, deren Türme mit der Kreuzesform abgesehen, besagen uns, daß die Bevölkerung katholisch ist. — Wir treten auch sogleich in die alte Kathedrale St. Bavo, die ab 1228 erbaut wurde. Kaum sind wir durch das Hauptportal hindurch, da dröhnt uns auch schon das Requiem cat in pace entgegen. Also es findet gerade eine Beichenseier statt. Unter diesen Um-

ständen ist natürlich eine Besichtigung dieses berühmten geschichtlichen Bauwerks nicht möglich.

Nicht weit davon liegt das „Volkshaus“. Wir schreiben, unter allen Volkshäusern (die deutschen mit inbegriffen) hat uns das Genter am besten gefallen. Das ist ja ein wunderbarer Bau. Und erst die innere Einrichtung! Der Restaurationsraum ist von hervorragenden Künstlern ausgemalt, die Wandtäfelung ist mit großer Akkuratheit ausgeführt. Wahrscheinlich, in solchen Räumen, die auch reinlich sauber gehalten werden, muß sich der Arbeiter wohl fühlen.

Jetzt ist es Zeit, um die Ausstellung aufzusuchen; die elektrischen Wagen, welche dahin fahren, sind nicht übermäßig besetzt, wohl ein Zeichen, daß der Andrang kein großer sein wird. — Das Hauptportal der Ausstellung ist geschmackvoll entworfen, ebenfalls die Hauptgebäude. Die Franzosen, Engländer, Kanadier und die Belgier selbst haben sich auf dieser Ausstellung kräftig angestrengt. Besonders Frankreich stellt vorzüglich aus. Wir müssen konstatieren, daß im Maschinenbau, dem Kunstgewerbe und der Kunst überhaupt Frankreich recht vorteilhaft abschneidet. Diese Tatsache festzustellen gebietet uns die Objektivität. — Die Franzosen haben es sich beim Erbauen des Pavillons ganz enorme Summen kosten lassen. Deutschland ist „offiziell“ an der Ausstellung nicht beteiligt. Das heißt, die Regierung und die führenden kaufmännischen und industriellen Kreise haben eine Beteiligung abgesehen. Einige weitblickende Männer haben aber doch ein, daß es nicht angängig sei, wenn in Gent die deutsche Industrie gar nicht vertreten wäre. Und so kam sozusagen „unter der Hand“ eine deutsche Beteiligung zustande. Der Pavillon trägt die Aufschrift: „Aus eigener Kraft“. Eingebend nehmen wir diese Abteilung in Augenschein, wobei wir zu folgender Schlußfolgerung kommen: die Deutschen haben sich in Gent mächtig blamiert. Diese privaten Kreise haben es sicherlich gut gemeint, daß Deutschland überhaupt zur Geltung kam. Aber nachdem bekannt war, daß sich Frankreich und England offiziell an der Ausstellung beteiligten, mußten die „privaten Kreise“ die Finger von dem Arrangement lassen. Denn um neben den genannten Ländern bestehen zu können, müßten eben ganz gewaltige Anstrengungen gemacht werden. Mit andern Worten, die deutsche Regierung mußte alles aufbieten, damit die Ausstellung besichtigt würde. Der Standpunkt unserer Regierung war folgender: Deutschland war in Brüssel vertreten und hatte dort sicherlich England und Frankreich „ausgeschlossen“. Das wurde allseitig anerkannt. Warum, sagten sich unsere Regierungsmänner, sollten nun in Gent abermals solche Anstrengungen gemacht werden? Also, eine offizielle Beteiligung unterließ. Leider! Wir stehen mit Belgien in einem innigen Handelsverkehr. Unsere Ausfuhr nach dort betrug 1889 137 Millionen und 1911 418 Mill. Mark; die belgische Einfuhr nach Deutschland stellte sich 1889 auf 397,2 Mill. und 1911 auf 340 Mill. Mark. Deutschland hat somit seine Ausfuhr ganz gewaltig gesteigert. Und weil unser Handel mit Belgien so groß ist, deshalb spannten die Franzosen und Engländer all ihre Kräfte an, um den Besuchern sagen zu können: Seht, was wir leisten! — Es bedarf großer Geschicklichkeit, wenn sich der deutsche Markt in Belgien behaupten soll. — Weisheit verleihe mir den deutschen Pavillon, weil wir sehr wohl wissen, daß wir in industrieller Beziehung mit andern Ländern ohne weiteres konkurrieren können. Ueberdies ist der deutsche Pavillon, welcher im modernen Stil entworfen wurde, völlig mißglückt. — Ob unsere Reichsregierung durch das Genter Beispiel etwas gelernt hat? Es scheint nicht der Fall zu sein, wie St. Franzisko zeigt.

Der belgische Staat hat einen Pavillon speziell für die Kolonie Kongo vorrichten lassen. — Sicherlich ist Kongo ein sehr reiches Gebiet und der Beschauer wird vom Gesehenen angenehm berührt sein. Allerdings die ungeheuren Greuelkaten, wie sie durch die kapitalistischen Ausbeuter in Kongo vor Jahren betrieben wurden, werden bildlich nirgends vorgeführt. Auch eine dementsprechende Beschreibung darüber gibt es nicht. Aber in den Parlamentsakten sind eingehende Schilderungen darüber zu finden.

Der Staat Kanada, welcher sehr loje unter dem Regime Englands steht, hat ebenfalls einen recht ansehnlichen Pavillon errichten lassen. Es wurden in gewählter Aufmachung alle in Kanada gefundenen Mineralien sowie die erzeugten Agrarprodukte gezeigt. Dieses Land hat über 9 Millionen Quadratkilometer, das heißt seine Größe entspricht etwa der ganz Europa. Wenn sich Kanada so auf den Ausstellungen bemerkbar macht, verfolgt es dabei nur den einen Zweck, möglichst viele Auswanderer aus Europa anzulocken. Es braucht zu seinen 8 1/2 Millionen Einwohnern noch eine riesige Bevölkerungszunahme, damit das im südlichen Teil besonders fruchtbare Land intensiver ausgenutzt werden kann. Wir nehmen an, daß diese Ausstellung sicherlich einen großen

Der Blinde.

Erzählung von Guy de Maupassant.

Aus dem Französischen übersezt von Franz Feldmann.

(Nachdruck verboten.)

Woher kommt jene Freude beim ersten Sonnenstrahl? Warum erfüllt uns dieser auf die Erde fallende Schein so mit der Lust zum Leben? Der Himmel ist ganz blau, das Feld vollständig grün, die Häuser erscheinen weiß, und unsere entzündeten Augen trinken diese leuchtenden Farben, die mit großer Freude unser Inneres erfüllen. Uns kommt die Lust, zu tanzen, zu laufen, zu singen, leicht wird das Gemüt, mit größerer Zärtlichkeit betrachtet man alles: man möchte die Sonne umarmen.

Die Blinden unter den Toren, unempfindlich in ihrer ewigen Dunkelheit, bleiben wie immer ruhig in dieser neuen Fröhlichkeit, und ohne die Lust der andern zu beneiden, beruhigen sie immer wieder ihren Groll, der so gern im Sonnenschein umherpringen möchte. Und wenn sie am Ende des Tages heimkehren am Arme eines jüngeren Bruders oder einer kleinen Schwester und das Kind sagt: „Seute war das Wetter schön!“, antwortet der Blinde: „Das habe ich wohl bemerkt, daß es schön war, Boulou wollte gar nicht auf seinem Platz bleiben.“

Einen dieser Menschen habe ich gekannt, dessen Leben die größte, launig gläubliche Fein war.

Es war ein Landmann, der Sohn eines normannischen Bäckers. Solange Vater und Mutter lebten, blieb ihm fast alle Sorge fern. Er merkte kaum sein entsetzliches Gebrechen. Aber sobald die Alten das Zeitliche geegnet hatten, begann das grauliche Leben. Ausgenommen von einer Schwester, betrachteten ihn alle auf dem Pachtgut wie einen Bettler, der das Brot der andern aß. Bei jeder Mahlzeit warf man ihm das Essen vor, man nannte ihn faul, einen Bauerkümmerl, und obwohl sein Schwager sich des Erbteils des Blinden bemächtigt hatte, gab man ihm doch nur ungerne die Suppe, die gerade ausreichte, um den Armen vor dem Verhungern zu bewahren.

Sein Gesicht war ganz bleich und seine beiden großen Augen waren weiß wie Oblaten. Er blieb unempfindlich unter all der Ungerechtigkeit; demachen war er in sich verschlossen, daß man nicht einmal merkte, ob er die schlaueste Behandlung suchte. Niemand hätte er übrigens irgendeine Zärtlichkeit kennen gelernt. Seine ihn kaum liebende Mutter hatte ihn immer etwas grob behandelt, denn auf dem Lande werden die Ausgelassen als überflüssig betrachtet; man würde es gern wie die Hühner machen, welche die Kranken unter ihnen töten.

Sobald er seine Suppe heruntergeschluckt hatte, setzte er sich im Sommer vor die Tür, im Winter vor den Kamin, und dann rührte

er sich bis zum Abend nicht mehr. Keine Gebärde, nicht eine Bewegung machte der Blinde, nur seine Augenwimpern fielen, als handelte es sich um ein nervöses Leiden, bisweilen über das Weiße seiner Augen. Hatte er eine Ahnung, eine klare Vorstellung seines Lebens? Niemand fragte ihn danach.

Mehrere Jahre verließen in dieser Weise. Aber seine Ohnmacht, irgenbwas zu tun, wie seine Unempfindlichkeit forderten schließlich seine Verwandten heraus und er wurde das Strohblatt ihrer Wiwe, eine Art Hofnar, gepeiniget von der angenehmen Wildheit, der rohen Heiterkeit der ihn umgebenden groben Menschen.

Man erlangt alle die grausamen Posen, die seine Blindheit erdenken machte. Und um sich für das, was er aß, zu bezahlen, machte man seine Mahlzeiten zu Stunden der Unterhaltung für die Nachbarn und zur Qual für den Krüppel.

Die Remoher der benachbarten Häuser kamen zu diesem Vergnügen; man erzählte sich davon von Haus zu Haus und die Küche des Gutes war jeden Tag voll von Menschen. Bald setzte man auf den Tisch vor seiner Schüssel, wenn er keine Suppe einzunehmen begann, irgendeine Krabe oder einen Hund. Das Tier witterte mit seinem Instinkt die Gebrechlichkeit des Mannes und ganz vorsichtig näherte es sich, als ohne Geräusch, leckte mit Vorlicht; hatte ein etwas lautes Schnalzen der Junge die Aufmerksamkeit des armen Teufels erweckt, so entfernte sich das Tier behutlich, um dem Schlag mit dem Büffel auszumweichen, da der Arme aufs geratewohl nach dem Tier zu schlagen versuchte.

Alles lagte und schrie dann vor Verdägen, die zahlreichen Zuschauer trampelten vor Lust mit den Füßen, daß die Mauern des Hauses bebten. Und er begann, ohne ein Wort zu sagen, von neuem mit der rechten Hand zu essen, während er mit der vorgestreckten linken seine Schüssel behütete und beschützte.

Minuten ließ man ihn stropfen, Holz, Wälder, ja selbst Rot lauen, weil er es nicht unterscheiden konnte. War man müde dieser Scherze, so schlug ihn der über die Köpfe des Essens wühlende Schwaaer, ohrfeigte ihn unanständig, ladend über die nutzlosen Anstrengungen des andern, die Schläge abzuwehren oder sich zu verteidigen. Das war dann ein neues Spiel. Die Lusther, der Pechling, die Mäde hielten ihm alle Augenblicke ihre Hände vor das Gesicht, was auf seine Augenwimpern eine beschleunigende Tätigkeit ausübte; er wußte nicht, wo er sich verborgen sollte und verblühte unaufrichtig, die Arme ausgereckt liehend, um die Annäherungen zu vermeiden.

Endlich zwang man ihn zu betteln. Man stellte ihn an den Markttägen auf die Straße und sobald er das Geräusch von Schritten oder das Rollen eines Wagens hörte, hielt er seinen Put hin und hammelte: „Aus Varnberzzeit!“

Doch der Bauer ist nicht verschwenderisch, und wochenlang brachte der Blinde nicht einen Sous (etwa 4 Fig. 2. Ueb.) heim.

Der ganze ungezügelte, unerbittliche Haß seiner Verwandten richtete sich dann gegen ihn.

Der Feiler möge uns in der Schilderung seines Todes folgen: Eines Winters, die Erde war bedeckt mit Schnee und es foor entsetzlich, da führte ihn sein Schwager eines Morgens auf eine große, sehr entfernte Straße, um ihn dort Almosen erleben zu lassen. Dort ließ er ihn den ganzen Tag, und als die Nacht gekommen war, verließerte der Schwager seinen Leuten, daß er den Blinden nicht wiederzufinden habe; dann folgte der Schwager hinzu: „Das schadet nichts, es ist nicht nötig, ich damit zu beschäftigen, irgenbemand wird ihn schon fortgeführt haben, weil er gefroren hat. Wahrlich, er ist nicht verloren, er wird schon morgen wohl und munter wieder kommen, um die Suppe zu essen.“

Es war am folgenden Tag, er kam nicht zurück. Nach langen Stunden des Wartens, vom Frost gequält, zum Sterben müde, hatte sich der Blinde auf den Weg gemacht. Da er unmöglich den vom Schnee verwehten Weg zu finden vermochte, war er aufs Geratewohl umhergeirrt, in die Gräben gefallen, hatte sich wieder herausgearbeitet, ohne ein Wort zu sagen, und sich bemüht, ein Haus zu finden.

Die Anstrengungen im Schnee hatten ihn allmählich ermüdet und seine schwachen Beine konnten ihn nicht mehr tragen, so daß er sich inmitten einer Ebene setzte. Er erhob sich nicht mehr. Die unaufhörlich fallenden weißen Floden hüllten ihn ein; sein erstarrter Körper verschwand unter der Anhäufung ihrer unendlichen Menge und nichts zeigte mehr die Stelle an, wo der Körper ruhte. Seine Verwandten erkundigten sich nach ihm und suchten ihn acht Tage lang, sie weinten sogar.

Der Winter war hart und das Tauwetter kam nicht schnell. Als eines Sonntags die Bächter zur Messe gingen, bemerkten sie einen großen Schwarm Raben, die fortwährend über die Ebene kreisten, alsdann ließen sie sich wie eine schwarze Wolke auf demselben Platz nieder, flogen fort und kehrten immer wieder zurück.

Auch in der folgenden Woche waren die unheimlichen Vögel noch dort; sie bildeten am Himmel eine Wolke, als hätten sie sich von allen Wänden des Horizonts zusammengedrängt; mit großem Geschrei ließen sie sich auf den planzenden Schnee fallen, dem sie ein schmutziges Bild verließen und den sie emsta durchwühlten.

Ein Amschel sah nach, was sie machten und entdeckte den Leichnam des Blinden, der zur Hälfte schon verzehrt und zerfleischt war. Seine bleichen Augen waren verschwunden, ausgehaßt durch die langen gefräßigen Schnäbel.

Und ich konnte niemals wieder die lebendige Freude der Sonntage genießen ohne ein trauriges Erinnern und ein trübes Bedenken an den im Leben so entbehrlichen Bettler, dessen entsetzlicher Tod eine Erleichterung war für alle diejenigen, die ihn gekannt hatten.

Wanderer nach Kanada bringen wird. Bemerkenswert ist die kanadische Kapitalisten besonders gerissen vorgehen bei der Auswanderung von arbeitsfähigen Leuten. In Österreich gelang es der kanadischen Kapitalgesellschaft, in den letzten zehn Jahren mindestens 300.000 militärische Leute anzuwerben und zur Auswanderung zu bewegen. Papiere wurden gefälscht als wie in einem schwindelhaften Bankrott. Dieser Skandal wird jetzt in der gesamten europäischen Presse eingehend erörtert.

Ein gutes Geschäft in Gent machen die Italiener mit ihren Marmor- und Marmorwerkzeugen. Ihre Ausstellungen, unter denen sich wahre Kunstwerke befinden, werden reichlich abgesetzt. Die italienische Balle zieht mehr einen Wasser, in welchem redigierende Manufaktur ihre Waren anpreisen.

Es hat die Verfertiger ihre Teppiche und ihr oberster Stoff poliert gar glänzend in einer Art Vollglanzuniform an.

Die Gentener Weltschau weist natürlich auch einen Vergnügungspark auf. Doch verzichten wir sehr gern auf den Besuch desselben. Daß im Vergnügungspark die „Oberländer“ vertreten waren, konnte man schon durch die „falsche“ Burschen im Nationaltheater, mit dem „Spielbahn“ auf dem Gut, recht selbstbewußt in der Ausstellung hervorstechen. Wir konnten vom Geschehen also um so mehr befriedigt sein, weil auch Landbesitzer da waren.

In der Gesamtanlage haben die Architekten der Leipziger Weltausstellung eine viel glücklichere Hand gehabt als die Architekten, welche die Gentener Ausstellung gebaut haben. In der Anlage herrscht Uebersichtlichkeit über die ganze, in Gent sind die einzelnen Pavillons recht zusammengeschichtet. Nach unserer Meinung gehört die Zukunft nicht den Welt-, sondern den Sonderausstellungen. Als einiger Beweis dienen die Sonderausstellungen in Dresden (1911), die N. A. L. zu Leipzig sowie die große geographische Ausstellung, welche 1914 ebenfalls in Leipzig stattfand.

Auf der Mittelstraße fiel uns besonders auf, daß in den Vororten der belgischen Städte dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern ein Aufschwung eingeleitet wird. In dieser Hinsicht wird in Frankreich doch immerhin schon Anzeichenwertes geleistet.

Unsere Eindrücke über Belgien und seine fleißigen Bewohner müssen recht günstige genannt werden. Und daß auch die Arbeiter in Belgien auf dem Polen ist, das hat die letzte Massenbewegung zur Erlangung eines besseren Lohnsystems sehr wohl gezeigt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Schiffsahrtsgesellschaften im österreichisch-ungarischen Auswanderertransport.

Die heimliche Kriegführung und Kriegsvorbereitung der großen Schiffsahrtsgesellschaften hat plötzlich eine unerwartete Explosion hervorgerufen, und zwar gerade innerhalb eines Verkehrsgebietes, dem man seit längerer Zeit schon geringere Beachtung schenkte. Der den Ausbruch des kanadisch-österreichischen Auswanderertransportes in Wirklichkeit veranlassende, Parlamente und Behörden in Entschuldigend und sehr schärfte Aufregung verjagte, das ist für uns an dieser Stelle gleichgültig. Dagegen verlohnen die hervortretenden kapitalistisch-wirtschaftlichen Gegensätze und wirtschaftspolitischen Strömungen eine kurze Betrachtung.

Nachdem in Deutschland, und ähnlich in England und Frankreich, die Auswanderungsbewegung schon lange auf dem Höhepunkt stand, haben Italien und Österreich-Ungarn ganz überraschend als die drei großen Vierzehner zur Deckung des überseeischen Verkehrsgebietes da. Wie die russische, so wendete sich auch die österreichische Auswanderung zunächst fast ausschließlich nach den deutschen Häfen, und die Vormachtstellung Hamburg und Bremens im überseeischen Passagiertransport hat sich auf diesem „Monopol“ wesentlich mit ausgebaut. Mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage erwiderten jedoch in dem Donauraum selbstveränderte Lebensbedingungen. Die in Frage kommenden Häfen, Triest und Fiume, liegen allerdings für die Veranlassung der Auswandererströme des Junceren und für den Beginn der Seereise ziemlich ungenügend; die Staatshilfe hat deshalb von diesem Anfang an eine große Rolle spielen müssen. Andererseits verdrängten die kanadischen jamaikanischen und selbst türkischen Gebiete manchen Zufluss, falls nur erst belauene regelmäßige Fahrgelegenheiten geboten waren.

Als der Verkehr nicht mehr zu verhindern war, suchten die kanadischen Großverdränger wenigstens die Bildung einer ganz unabhängigen eigenen Häfen bestehende Konkurrenz zu verhindern. Sie hielten sich in der Zeit der Vorverhandlungen mit der Regierung. Als sich 1904 die früher unbedeutende österreichische Schiffsahrtsgesellschaft zur Austro Americana erweiterte, übernahm sie 1905 und 1906 5 Millionen Kronen Aktien, unter Abzug eines Betrages über Regelung der Personen- und Frachtarbeit, über Dividendenverteilung und ähnliches. Aber selbst in der Austro Americana, deren Kapital allmählich auf 24 Millionen Kronen erhöht werden ist, erweist sich die Geschäftsausdehnung lebhaftere Unabhängigkeitsbestrebungen: vor ein paar Jahren sind tatsächlich Balken und Pfeiler aus dem Ankerbau gestiegen.

Überhaupt genügt die Austro Americana den Ansprüchen nicht, die sich auf Verbindungen mit dem nördlichen Kontinent der Vereinigten Staaten (Boston) und vor allem direkt mit Kanada, dem wichtigsten und kostengünstigsten Einwanderungsland, richten. In diese Lage sprang die große kanadische Ueberlandbahn (Canadian Pacific), die längs ihren südlichen und westlichen Uferstränden große Sammelstellen über den Atlantischen und Stillen Ozean angelegt hat, und der naturgemäß an einer Fernverkehrsstraße zur Ueberlandbahn und westwärts von der Ueberlandbahn des kanadischen Junceren in erster Linie zu denken ist. Die österreichische Regierung wiederum sollte mit Hilfe der kanadischen englisch-kanadischen Gesellschaft den Weg zu überlegen oder doch für die Ueberlandbahn Österreich nachzubereiten und geeigneter zu machen. Auf diese Weise sollte die neue Konkurrenz sehr bald mit einem Heere von Kanonen und mit allem weiteren Zubehör des modernen Geschäftsbetriebes ein.

Die kaiserlichen Konsuln in Kanada, die wie eine Bombe explodiert sind, haben den kanadischen Kapitalgesellschaften die Ueberlandbahn als ein Mittel zur Auswanderung verlockt und über die Ueberlandbahn hinaus und das hat sie dabei von hochgestellten, offenbar belohnenden Beamten und Würdenträgern unterstützt worden. Die kanadischen Konsuln, der Bundespräsident suchte auf dem Wege der parlamentarischen Kontrolle Klarheit zu schaffen. Aber auch die kanadischen Konsuln waren die Konsuln leider ein sehr wichtiger Faktor im Leben der Auswanderer mit Gegenüberstellung auf, und dann alle Konsuln ungefähr in gleichem Maße erstickten. Das Uebergeordnete jedoch ist, daß eine kanadische Ueberlandbahn die Ueberlandbahn wie die Ueberlandbahn kanadische Ueberlandbahn einleitet, und das hat sie dabei von hochgestellten, offenbar belohnenden Beamten und Würdenträgern unterstützt worden. Die kanadischen Konsuln, der Bundespräsident suchte auf dem Wege der parlamentarischen Kontrolle Klarheit zu schaffen. Aber auch die kanadischen Konsuln waren die Konsuln leider ein sehr wichtiger Faktor im Leben der Auswanderer mit Gegenüberstellung auf, und dann alle Konsuln ungefähr in gleichem Maße erstickten.

Nach dem Erscheinen des „Österreichischen Volkswirts“ werden die kanadischen Konsuln in Kanada, die wie eine Bombe explodiert sind, haben den kanadischen Kapitalgesellschaften die Ueberlandbahn als ein Mittel zur Auswanderung verlockt und über die Ueberlandbahn hinaus und das hat sie dabei von hochgestellten, offenbar belohnenden Beamten und Würdenträgern unterstützt worden. Die kanadischen Konsuln, der Bundespräsident suchte auf dem Wege der parlamentarischen Kontrolle Klarheit zu schaffen. Aber auch die kanadischen Konsuln waren die Konsuln leider ein sehr wichtiger Faktor im Leben der Auswanderer mit Gegenüberstellung auf, und dann alle Konsuln ungefähr in gleichem Maße erstickten.

Die amerikanische Einwanderung.

Wir stellen dem die Einwanderungsziffern der Vereinigten Staaten für das am 30. Juni abschließende Fiskaljahr gegenüber. 1912/13 mit seinen 1.978.922 Immigranten blieb hier noch hinter dem einen Rekordjahr 1906/07 mit seinen 2.583.340 Zuwanderern zurück; 1911/12 mit 838.172 Einwanderern stand dagegen noch immer weit zurück. Dabei stellte sich 1911/12 die Ueberwanderung auf zwei Hüften des Zustromes, 1912/13 nur auf ein Viertel: ein Anzeichen für den größeren Abstand zwischen dem unglücklicheren europäischen und glücklicheren amerikanischen Geschäftsgang. Niemals vorher hatten so viel „Slawen“, welche die amerikanische Statistik von den „Russen“ unterscheidet, in einem Jahr den amerikanischen Boden betreten: 888.068 gegen die vorangegangene Höchstzahl von 302.193 im Jahre 1906/07. Das Hauptkontingent stellten hierbei die „Polen“, also wohl die Galizier, mit 174.805, gegen 138.038 im nächsten Höchstjahre 1906/07.

Verabreichung des Reichsbankdiskonts.

Unter dem allseitigen Druck der Geschäftswelt und gestützt auf eine außerordentliche Verbesserung ihrer Gesamtlage hat sich die Deutsche Reichsbank nun doch am 27. Oktober zu einer Herabsetzung des Diskonts um $\frac{1}{2}$ (von 6 auf $5\frac{1}{2}$) Proz. entschlossen. Im letzten Quartal, kurz vor dem anpruchsvollen Jahresabschluss, ist ein solches Herabgehen seit dem Jahre 1892 nicht dagewesen; die neuliche $\frac{1}{2}$ prozentige Erhöhung des englischen Bankfußes am 2. Oktober (von $4\frac{1}{2}$ auf 5 Proz.) ließ erst recht einen solchen Schritt nicht erwarten. Andererseits konnte der Vizepräsident Dr. v. Glasenapp vor dem Zentralauschuß nach dem „Reichsanzeiger“ ausführen: „Vergleicht man den Status vom 23. Oktober in seinen wesentlichen Positionen mit denen der Vorjahre, so ist der Goldbestand noch nie so hoch gewesen wie jetzt, dagegen ist die Kapitalanlage in den Vorjahren durchweg zum Teil beträchtlich höher gewesen. Man muß bis zum Jahre 1904 zurückgehen, wo sie niedriger war als jetzt. Bei den ungedeckten Noten muß man bis zum Jahre 1903 zurückgehen, wo sie 30 Millionen geringer war. Der Status der Reichsbank hat sich also zusehends getrübt. Was gegen eine Herabsetzung des Diskonts sprach, war bisher, abgesehen von den politischen Verhältnissen, die Lage des internationalen Geldmarktes, die auch jetzt noch zu münchischen übrig läßt. Der letzte Status der Bank von England zeigt jedoch ebenso wie der der Bank von Frankreich eine kleine Besserung. Recht günstig ist die Entwicklung unter Handelsbilanz. Im Monat September ist die Wareneinfuhr sogar größer als die Wareneinfuhr gewesen. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände und im Hinblick auf die sinkende Tendenz der Konjunktur und auf die Besserung der politischen Lage erscheint nunmehr eine Ermäßigung der Bankrate angängig und deshalb — angesichts der schweren Opfer, die ein Diskontsatz von 6 Proz. dem wirtschaftlichen Leben auferlegt — auch geboten. Bei der noch unklaren Lage des internationalen Geldmarktes glauben wir aber die Ermäßigung auf $\frac{1}{2}$ Proz. beschränken zu müssen.“ Der Zentralauschuß erklärte sich mit diesen Ausführungen einstimmig einverstanden.

Berlin, 10. November 1913. Max Schuppel.

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.*

Die erste Veranstaltung des vor kurzem gegründeten Graphischen Kartells in Stuttgart war eine Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Eduard Bernheim über gewerkschaftliche Verfassungsfragen sprach. Die interessanten und von großer Sachkenntnis durchdrungenen Ausführungen des Redners verdienen, einem weiteren Kreise zugänglich gemacht zu werden. Nachdem der Redner den Begriff Verfassung definiert hatte, führte er aus: In der Geschichte treten uns die Gewerkschaften zuerst in England im 18. Jahrhundert entgegen als örtliche Verbindungen, als lokale Vereine von Angehörigen eines bestimmten Berufs, später finden wir gleichartige Verbindungen unter verschiedenen Namen auch in Frankreich und noch etwas später bei uns in Deutschland als Lokalvereine oder Gewerksvereine. In den 70er Jahren nennen sich die örtlichen Organisationen vielfach Streikvereine, später Fachvereine. Sie existieren in ihrer ersten Zeit in ziemlich loser Form, vielfach stellen sie sich einfach als reine Widerstandskräfte oder als Unterstützungsgesellschaften, allerdings nur mit geringen Unterstützungen, dar. Für ihre Zeit hatten diese losen Verbindungen gewisse Vorteile: Beweglichkeit, Freiheit der Initiative, nach Gunst des Augenblicks Streiks anzugehen, und die Vermeidung bürokratischer Einrichtungen. Alle Entscheidungen des Vereins mußten in der Versammlung getroffen werden. So scheint diese Organisationsform die vollendete Demokratie darzustellen, aber mit der Fortentwicklung und Ausdehnung erwies sie sich als unzulänglich. Der Lokalverein hat nur wirkliches Leben in größeren Orten, die kleinen Orte, wo die Bewegung fehlt, bleiben die ewige Quelle von Streikbrechern. Eine Erziehung ist auf dieser Stufe in großen Orten nur schwer, in kleinen überhaupt nicht möglich. Es ist sehr schwer, eine einheitliche Aktion über das ganze Land ins Leben zu setzen. Da die örtliche Verbindung fehlt, treten leicht Reibungen ein. Die Mittel zum Kampf sind gering und die erzielten Erfolge darum außerordentlich unbedeutend. Der Lokalverein bleibt von der Konjunktur und Mutation ebenso abhängig wie der einzelne Arbeiter.

Deshalb tritt auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung die Tendenz ein, die Verbindung über die Grenzen des Lokalvereins hinaus etwas fester zu gestalten. In England hat man zunächst gegenseitige Verträge abgeschlossen, besonders zur Regelung von Reihenunterstützungen. So entstanden die Föderationen, erst auf provinzieller, dann auf nationaler Grundlage. Die Föderation ist ein Bund von Lokalvereinen, die sich eine Zentralinstanz geben, der sie bestimmte Aufgaben übertragen, bei der aber zuletzt doch der Lokalverein souverän ist. Diese Organisationsform hat gegenüber dem Lokalverein immerhin mancherlei Vorteile. Es können größere Mittel aufgebracht werden, eine reichere Information ist möglich, die Aktionen können auf breiterer Grundlage durchgeführt, die kleineren Orte besser in die Bewegung hineingezogen werden, darunter ist ein besseres Unterstützungswesen möglich. Aber es sind auch große Mängel zu verzeichnen. Die Föderation wird auf die Dauer mit dem Wachstum der Organisationen ein außerordentlich schwerfälliger Organismus. Die örtlichen Interessen treten auch hier noch leicht in Gegensatz zum Interesse der Allgemeinheit, der Zentralinstanz sind die Hände gebunden und stehen gewöhnlich auch nur geringe Geldmittel zur Verfügung, wodurch eine großzügige Politik außerordentlich erschwert wird. Das Zerschneiden der englischen Gewerkschaften in Zahl und Leistung erklärt sich aus den Engländerheiten der Föderationsverfassung. Man glaubte den bürokratischen Geist zu hindern und hat ihm im Gegenteil Tür und Tor geöffnet.

Die modernen Formen des Wirtschaftslebens, insbesondere die erhaltene Organisation des Unternehmertums und die Erweiterung der Unternehmerrichtungen, haben eine andere Form der Gewerkschaftsorganisation notwendig gemacht: den Zentralverband. Der Zentralverband ist ein Zusammenschluß aller Gewerkschaften als Zentralverband der Einheitlichkeit, die Gesamtheit als Einheit betrachtet, die sich durch ihre Statuten eine Verfassung gibt, die den einzelnen Gliedern der Verfassung ihre Aufgaben weist. Die Zentralverbände sind in Bezirke oder Kreise und Ortsvereine gegliedert, denen in den Statuten Rechte eingeräumt und gewisse bestimmte abgegrenzte Funktionen vorbehalten sind. Aber das Schwergewicht liegt in der Gesamtorganisation; alle wichtigen Fragen unterliegen ausschließlich ihrer Beschließung und Entscheidung. Die Vorteile dieser Organisationsform sind leider geringfügig. In ihr ist die größtmögliche Einheitlichkeit der Funktionen gegeben. Es können größere Mittel aufgebracht werden, die Aktionen auf breiterer Grundlage durchgeführt werden, weil eingehendere Information der Zentrale möglich ist. Nachteilig hat aber auch diese Organisationsform

* Aus dem Korrespondenzblatt.

Ihre Gefahren. Die Verwaltung macht eine ständige Beamtenkraft notwendig, die ja schon von der Föderation nicht ganz abwärts werden kann. Man hat sich lange genug dagegen gestäubt, aber schließlich war die Erleichterung der Beamten im Nebenamt zur Unmöglichkeit geworden. Jede ständige Beamtenkraft trägt die Gefahr in sich, daß sich ein bürokratischer Geist einschleicht, der die Initiative lähmt. Daher wäre ein absoluter Zentralismus oder ein zentralistischer Absolutismus eine sehr bedenkliche Verfassung für die Gewerkschaften. Absoluter Zentralismus nach einer Formel zu umschließen von Vorteil. Man kann die Frage aufwerfen und hat sie aufzuwerfen: Ist es noch demokratisch, wenn den Zentralinstanzen so viele Macht in die Hand gegeben wird, wie es in den Zentralverbänden der Fall ist? Da müssen wir uns über den Begriff Demokratie klar werden. Demokratie bedeutet Selbstregierung. Wenn die Demokratie ist eben keine so einfache Sache bei großen Organisationen. Sie kann nur Wahrheit werden, wenn sie den Zwecken des Gemeinwerts angepaßt ist. Eine gewisse Uebertragung von Funktionen findet ja schon bei den einfachsten Organisationsformen statt. Die Selbstregierung aller Elemente wäre ein Chaos, das selbst die Anarchisten nicht wollen. Die Uebertragung einzelner Funktionen ist also eine Notwendigkeit. Wir haben drei Formen von Vollmachten: 1. die Urabstimmung, es stimmen zwar alle ab, aber die Mehrheit entscheidet; 2. das gebundene Mandat, wo der Delegierte nur der Mandatar seiner Luftkammer ist, und 3. das offene Mandat, wo der Delegierte der Vertreter ist, der nach eigener Ueberzeugung abstimmen darf. Bei der Urabstimmung, die auf verschiedene Arten erfolgen kann, scheint die reinste Demokratie zum Ausdruck zu kommen. Nun steht aber die Sache so, daß in großen Organisationen schon aus technischen Gründen die Abstimmung in der Generalversammlung nicht allen Mitgliedern möglich ist. Es kann also nur in einzelnen Gruppen oder Abteilungen abgestimmt werden. Die Abstimmung in Gruppen hat aber den großen Nachteil, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig informiert sind, daß Gesinnungswallungen und örtliche Einflüsse daher eine größere Rolle spielen, als sie sollten, so daß das allgemeine Interesse zurücktritt oder doch nicht richtig zum Ausdruck kommen kann; oft wird eine Entscheidung getroffen, ohne daß eine genügende Debatte vorausgegangen ist. Deshalb ist die Gruppenabstimmung überall da, wo über folgenreichere Fragen abgestimmt wird, unangebracht. Die Abstimmung mittels veränderter Beteiligter hat dieselben, ja noch größere Nachteile. Es stimmen Leute ab, die gar nicht an den Erörterungen teilgenommen haben — sehr wichtige und verhängnisvolle Entscheidungen fallen unter Umständen durch eine anonyme, eine indifferente Masse. Will man vor oder in einem Kampf schädliche Beschlüsse vermeiden, so muß man die Abstimmenden genau über die in Betracht kommenden Momente unterrichten, und das hieße bei diesen Abstimmungen die Karten vor aller Welt aufdecken. Daburh würde in den meisten Fällen die eigene Position ungeheuer gefährdet und die des Gegners gestärkt. Die Urabstimmung ist also bei Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften sie darstellen, außerordentlich bedenklich, sie kann nur da angewandt werden, wo es sich um ganz klare Fragen handelt, bei denen der Zufall keine Gefahren bringen kann. Das zeigt, daß die übertriebene Demokratie nicht ideal ist.

Das gebundene Mandat hat die Fehler der Urabstimmung, ohne ihre guten Seiten. Es bindet den Delegierten gegen jede Belehrung und gegen seine bessere Ueberzeugung. Bleibt noch das offene Mandat, durch das der Delegierte das Recht hat, die zur Erörterung stehenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, wo also der Mandatarinhaber das Vertrauen seiner Wähler in vollem Maße besitzt. Das soll auch so sein. Eine Organisation, in der es nicht möglich wäre, wäre nicht wert zu existieren. Das Verfassungsleben soll das Gefühl der Verantwortung anerkennen, und das Verantwortungsbewußtsein wird die Delegierten leiten, wenn ihnen Vertrauen entgegengebracht wird.

Was von den Delegierten gilt, gilt auch von denjenigen, die man in leitende Stellen wählt. Hier haben wir zu unterscheiden zwischen Beamten in der Stellung von Führern und den „für einfachen Bureauarbeit berufenen Angestellten, den eigentlichen Beamten. Da muß man sich klar werden, welche Aufgaben dem Führer und welche dem Beamten zugewiesen werden sollen. Die Einschränkung der Rechte der Führer hat die Bürokratie nicht aufgehoben, sondern verstärkt. Sie hat den Führern die Verantwortung gemindert, aber ihnen dafür die Initiative, den schöpferischen Geist genommen. Die deutschen Gewerkschaften stehen an der Spitze der ganzen Gewerkschaftsbewegung, weil sie ihren Führern mehr Recht geben. Das größere Recht bringt das Gefühl der Verantwortlichkeit, das Gefühl der Initiative und der Tatkraft. Der Angestellte muß sich an den Buchstaben halten und danach handeln; der Führer soll sich an den Geist des Ganzen halten und nach ihm handeln, wenn er seines Postens wert sein soll. Der Angestellte handelt nach der Formel, der Führer auf Grund freier Entschließung, natürlich im Rahmen der ihm zugewiesenen Rechte. Der Angestellte soll handeln nach seiner Instruktion der Führer soll auf das Resultat sehen, das erzielt werden soll, und danach soll er seine Maßnahmen treffen. Das ist das große Wort bei allen Verfassungsfragen der Gewerkschaftsbewegung: Wir müssen unterscheiden zwischen formalistischer und funktionaler Demokratie.

Heute wird vielfach die Anschauung vertreten, daß ein gewisser Stillstand oder eine Verlangsamung im Fortgang der Erzeugnisse der Gewerkschaften zurückzuführen sei auf die Zentralisation, auf nicht energiegelassenen Zusammentritt der großen Verbände. Es wird gesagt, früher, wo die Organisation noch eine lose war, habe man viel mehr erreicht, heute werde nur immer verhandelt. Das ist ja wohl, rein äußerlich betrachtet, richtig. Aber wer das sagt, hat nicht in Betracht gezogen, wieviel stärker organisiert heute das Unternehmertum den Arbeiter gegenübersteht. Wenn einmal eine gewisse Position erreicht ist, so sind von selbst weitere Erfolge schwieriger zu erzielen. Als die Arbeitszeit 8 h. von 12 auf 11 und dann auf 10 Stunden herabgedrückt werden sollte, hat das keine unmittelbare Schwierigkeit; auch ging es noch verhältnismäßig leicht an, die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen. Ganz andere Schwierigkeiten aber begegnen wir, wenn wir die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und noch weiter reduzieren wollen. In Lohnfragen verhält es sich ähnlich. Das Wirtschaftsleben hängt nicht nur vom Willen der einzelnen ab, es wird von großen Gezeiten diktiert, die sich nicht ungefragt verteidigen lassen. Auch ist es grundsätzlich, den Wert der Gewerkschaften nach der Ausbesserung der Selbsthilfe abzuschätzen, denn da gibt es keine endlose Schraube. Eine große Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeiter vor dem unglücklichen Einfluß der Konjunktur zu schützen. Wo die Lohnlinie im Sinken geht, findet keine Hebung der Arbeiterschaft statt. Was einmal erreicht ist, das soll bleiben, und seit wir die großen Organisationen haben, ist das auch der Fall, zwar nicht absolut, aber doch schon in einem sehr hohen Grade. Wenn auch die Arbeitslosigkeit fiel, so sind im großen und ganzen doch die Löhne die gleichen geblieben. Und das war früher nicht der Fall.

Die Gewerkschaft ist ein demokratischer Körper. Die Demokratie ist aber keine formalistische, sondern eine funktionelle. Die Demokratie ist kein Schema, sondern ein leitendes Prinzip. Auf ihren Geist, ihre Zwecke und Bedürfnisse kommt es an. Der einzelne muß einen Teil seiner Freiheit abtreten, um größere Freiheit für das Ganze, für die Allgemeinheit zu erreichen. Wenn wir die Gewerkschaften in den Gewerkschaften sprechen, so wollen wir das nicht leugnen. Aber durch diesen Zwang erweitert die Gewerkschaft ihren Mitgliedern die Freiheit von ökonomischem Druck, der außerhalb der Gewerkschaft liegt.

Literarisches.

Im Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Das heilige Feuer. Gesammelte Erzählungen, Aufsätze und Gedichte für die arbeitende Jugend von Jürgen Wand. Preis halbband kartoniert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. Jürgen Wand gehört zu den eindrucksvollen Erzählern für die heranwachsende Jugend; wer ihm in Feld und Wald folgt, kommt sicher auf keine Kosten. Das „heilige Feuer“ hat dabei einen Anspruch darauf, in diesem Jahre sein Plätzchen auf dem Weihnachtstisch einzunehmen.

mittags 3 Uhr, nach Groß-Rosen und für Mittwoch, den 10. d. M., abends 5 1/2 Uhr, nach Eßdorf. Die Besprechungen einberufen mit dem Thema: Der Pudel und die Herren. Referent ist Banleiter Steininger. Die Besprechungen sind öffentlich. Die Striegauer Ortsverwaltung erwartet, daß die Besprechungen massenhaft besucht werden. Der Zeitpunkt der Besprechungen ist so gewählt, daß es jedem Kollegen möglich ist, in die Besprechung kommen zu können.

Semsbach (Odenwald). Am 2. November fand im Bahnhofrestaurant eine Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 511,00 M., die Ausgabe 445,08 M., bleibt somit ein Kassensaldo von 66,92 M. Den Revisionsbericht gab Kollege Großmann. Die Versammlung war mit der Buch- und Kassenführung sehr zufrieden. Hierauf erstattete Kollege Weidenhammer einen ausführlichen Bericht vom Internationalen Steinarbeiterkongress in Brüssel. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden seinen Ausführungen. Der Vorsitzende bedauerte, daß die Kollegen nicht vollständig erschienen sind, denn der Bericht sei von großer Wichtigkeit für uns. Kollege Fischer dankte Weidenhammer besonders für seine Ausführungen. Zur Erledigung der erforderlichen Tarifarbeiten wurden die Kollegen Weidenhammer und Rain Kauer bestimmt. Verschiedene Angelegenheiten mußten wegen vorgerückter Zeit zurückgestellt werden.

Ramens (Rauß). Am 2. November fand im Gasthaus zur Eisenbahn in Wiesa unsere Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 170,00 M., die Ausgabe 112,48 M., somit bleibt ein Kassensaldo von 57,52 M. Dem Kassierer wurde Dank ausgesprochen. Wenn die Kollegen die letzten Abrechnungen verfolgt haben, werden sie gefunden haben, daß sich unsere Zahlstelle sehr gut emporgeschwungen hat. Dann wurde Bericht erstattet über die Bezirkskonferenz in Bischofsroda, zu welcher zwei Kollegen delegiert waren. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß die Betriebsversammlung im Grünsteinwerk Wiesa einen guten Erfolg für uns gehabt hat; es muß aber den fernestehenden Kollegen ebenfalls ihre Pflicht sein, sich unseren Meetings anzuschließen. Das Resultat bei der Krankenlastenwahl in Elstra war für uns ein gutes. Es fielen von 24 1/2 Sten den Zentralen Verbänden zu. Die Gegner müssen sich mit 8 Sten begnügen. Hauptpflicht ist das den Wiesaer Steinarbeitern mit zu verdanken, die sich sehr gut an der Wahl beteiligt haben.

Wiesbaden. Der vor zwei Jahren mit den Unternehmern der Kölner Marmorwerke abgeschlossene Arbeitsvertrag erlosch am 23. Oktober sein Ende. Von den Kollegen war beschlossen worden, den Vertrag nicht zu kündigen, sondern ein Jahr weiter laufen zu lassen. Anders dachten die Unternehmer, denn sie kündigten den Vertrag. Zwecks Abschluß eines neuen Vertrags fanden mit den Unternehmern zwei Sitzungen statt. Man einigte sich schließlich dahin, daß der abgelaufene Vertrag auf zwei Jahre verlängert werden sollte. Einige Positionen sollten klarer gefaßt werden. Die Unternehmern wollten nun weiter den Vorschlag, den Vertrag bis zum 1. April 1917 zu tätigen. Sie seien dann bereit, am 1. Nov. 1916 5 Prozent Aufbesserung zu bewilligen. Die Kommission unterbreitete der Versammlung das Ergebnis der Verhandlungen. Nach langer Debatte einigte man sich, um den Tarifabschluß in friedlicher Weise zu vollziehen, daß die Kommission die Ermächtigung erhielt, den Vertrag auf zwei Jahre abzuschließen. Banleiter Herrmann sprach sich ebenfalls für die Annahme aus. Dagegen lehnte die Versammlung den Abschluß einer längeren Dauer als zwei Jahre ab. Den Unternehmern wurde der Beschluß der Versammlung mitgeteilt. In einem Antwortschreiben teilte sie nun dem Banleiter mit, daß die Versammlung nicht den wesentlichsten Bestimmungen der Verhandlung zugestimmt habe, dadurch könnten sie auch nicht die Unterzeichnung des Tarifs auf zwei weitere Jahre bewirken. Es ist den Unternehmern also daran zu tun, die Kölner Marmorarbeiter auf vier Jahre tariflich zu binden. Eine am 6. November stattgefundene Versammlung beschloß sich mit dem Antwortschreiben. Da dasselbe verschiedene Unklarheiten enthält, soll nochmals mit den Unternehmern eine Sitzung beantragt werden. Wird diese von den Unternehmern abgelehnt und bleiben sie auf dem Herrenstandpunkt, dann ist der Streik unvermeidlich; denn die Kölner Marmorarbeiter sind nicht gewillt, sich gutmütig Abgabe an den Stundenlöhnen und Arbeitsverhältnissen machen zu lassen.

Rödingen. Am 2. November fand im Lokal zum Hirschenstein unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Reimann gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 167 Kollegen. Vom Vorsitzenden wird den Kollegen die Broschüre: „Die Internationale Bauarbeiterbewegung“ aufs beste empfohlen. Diese Broschüre enthält sehr viel Material über die Steinindustrie. Verschiedene drückende Verhältnisse wurden dann ebenfalls noch besprochen. Es wurde noch beschlossen, für den kranken Kollegen Max Broß einen freiwilligen Beitrag zu sammeln. Derselbe wird an den Kassierer abgeliefert. Hoffentlich ist auch die nächste Versammlung wiederum so gut besucht.

Zeitz. In unserer Versammlung vom 23. Oktober gab der Kassierer Ulrich seinen Bericht über das 3. Quartal. Danach war bei einer Ausgabe von 1495,20 M. ein Bestand von 8994,50 M. zu verzeichnen. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Im Gewerkschaftlichen machte der Vorsitzende bekannt, daß vom 23. Februar 1914 der Normaltarif abläuft und daß derselbe ein Vierteljahr vorher zu kündigen wäre, wenn Änderungen daran gewünscht würden. Darüber entspann sich eine längere Debatte und wurde zuletzt der Antrag angenommen, den Tarif zu kündigen, um Klärung zu schaffen, damit die durch Schiedsgerichtsurteile in den zwei Jahren geschaffenen Entscheidungen in den Tarif aufgenommen werden; auch wurde gewünscht, einen Zuschlag auf den Cottar Sandstein zu verlangen. Die Diskussionsredner eruchten nun die Anwesenden, die einzelnen Positionen so zu formulieren, daß sie bei den Tarifverhandlungen allgemein verständlich sind, weil andernfalls die Verhandlungen sehr erschwert und auch unnütz in die Länge gezogen würden. Mit diesen Worten wird sich nun eine spätere Versammlung beschäftigen müssen.

Löwenberg-Plagwitz. In der am 3. November stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde das schädigende unsolidarische Verhalten einiger Kollegen vom Löwenberger Bezirksrat scharf verurteilt. Einzigartig ist ihr Verhalten, weil sich die betreffenden Kollegen nicht bemühen, ihre Berufskollegen nach Tarif richtig zu rechnen; oder verlangen diese Kollegen den tarifmäßigen Preis etwa deshalb nicht, um gut angefaßten zu sein und event. dort Lebenshaltung zu haben? Nur keine Angst, wenn keine Arbeit da ist, fliegen auch diejenigen, welche ihr Geld nicht verlangen haben. Jeder Kollege ist verpflichtet, sein Stück richtig zu rechnen und den richtigen Preis zu fordern. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist! Unser Verband erstreckt wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt und Verbandsmitgliedschaft sollen sich schämen, diese Bestrebungen mit Füßen zu treten. Je kleiner die Zahl der Mitglieder ist, desto mehr müssen sie einander halten, um allen auf ein einträumendes Widerwärtigkeiten, welche ja bei Anbruch des Winters und Anknüpfen des Geschäftsganges sich in verstärktem Maße einstellen, begegnen zu können. Sucht das schöne Beispiel, das uns die Striegauer Kollegen bei den Wahlen zur Reinstenklasse gegeben haben, nachzumachen; beteiligt euch in Masse bei der Sonntag, den 10. d. M., in der Endenballe in Löwenberg stattfindenden Wahl der Vertreter und Ortsräte für den 2. Wahlbezirk der Reinstenklasse. Mittelst jeden Schmittgen auf, damit die vom Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste glatt gewählt wird. Erlaucht auch nicht in der Agitation für die Genossenschaft, den Konsumverein für Langenlöss und Umgebung, welcher am Sonntag eine Verkaufsstelle in Löwenberg eröffnet hat, weist eure Bekannten auf die Vorteile, die ihnen die Genossenschaft bietet, hin und bewegt sie zum Eintritt in dieselbe.

Mühlhausen (Thüringen). Mit dem Geschäftsgang steht es sehr schlecht. Mit einem Schläge haben sich die Wertplätze entleert. Bei den Entlassungen handelt es sich größtenteils um verheiratete Kollegen, die schon jahrelang bei der Firma Schilling beschäftigt waren. Von 120 Kollegen, die im Sommer hier schafften, sind noch ungefähr 33 in Arbeit. Den Entlassenen ist es natürlich nicht möglich, anderweitig Arbeit finden zu können. Welches Los ihnen bevorsteht, dürfte ohne weiteres klar sein. Daß die Familienangehörigen der Entlassenen in erster Linie die Not und das Elend zu spüren bekommen, ist leider nur zu wahr.

Pöfen. Bei der Firma Smurowski ist der Hilfsarbeiter Doplerala beschäftigt. Nun verlangt die Handwerkskammer dessen Entlassung. Dem Firmeninhaber ging folgendes Schreiben zu: Sie beschäftigen in Ihrem Betriebe den Lehrling Edmund Doplerala, ohne zur Anleihe von Lehrlingen gemäß § 129 der Reichsgewerbeordnung beauftragt zu sein.

Es ist gleichgültig, ob der junge Mensch „als Lehrling“ oder unter irgendeiner anderen Bezeichnung eingestellt ist; als „Lehrling“ im Sinne des Gesetzes ist eben derjenige anzusehen, welcher in ein Arbeitsverhältnis hauptsächlich zu dem Zweck eingetreten ist, um eine Ausbildung in dem betreffenden Gewerbe zu erhalten. Wir fordern Sie daher auf, Ihren Lehrling Edmund Doplerala sofort zu entlassen, widrigenfalls wir die zwanzeifache Entlassung auf Grund des § 144 der Reichsgewerbeordnung herbeiführen werden.

Der Vorstand der Handwerkskammer.
G. Schulz, Vorsitzender. O. Fiedler, Generalsekretär.

Dazu wird uns von der Ortsverwaltung folgendes berichtet: Doplerala hat das Steinmetzhandwerk 2 1/2 Jahre bei der Firma Wipfalski u. Co. bis Ende 1911 erlernt, als ihm, da er augenleidend war, von einem Kassierarzt empfohlen wurde, den Beruf aufzugeben, trat selbiger dann als Arbeiter bei einer Holz- und Treibhölzerei ein. Als nun Doplerala erfuhr, daß Smurowski einen Arbeiter suchte, trat selbiger im Mai 1912 bei ihm in Arbeit und zwar als Arbeiter, nicht als Steinmetzlehrling. Im Frühjahr dieses Jahres wurde nun Smurowski von der Handwerkskammer aufgefordert, den Ed. Doplerala innerhalb 3 Tagen zu entlassen, widrigenfalls ihm getrotzt wurde, eine Strafe von 100 M. zu zahlen. Daraufhin wurde Doplerala bei der Handwerkskammer vorstellig und erklärte, daß er als Arbeiter beschäftigt sei und nur Rechte vertritt, wie Gattnerlehrling, Marmorhacker, Schuttwerkstätten, bei Aufstellen und Hinbringen von Denkmälern nach dem Kirchof und der Bahn, Gänge fürs Kontor besorge usw., und brachte auch ein ärztliches Attest ein, in welchem ihm verboten wurde, das Steinmetzhandwerk weiter zu betreiben wegen seines Augenleidens. Im Laufe der vorigen Woche kam ein Schuhmann aus Prag, der Doplerala schon entlassen wäre, was Smurowski verneinte, daraufhin wurde ihm bemerkt, daß er, der Schuhmann, im Laufe besagten Tages kommen wird, unter Vorlegung eines Protokolls, in welchem dann Smurowski als Arbeitgeber die Entlassung des betreffenden Doplerala bestätigen soll. Wir müssen doch fragen: Warum wird nun der Hilfsarbeiter Ed. Doplerala in diesem Maße von der Handwerkskammer verfolgt und in seiner Arbeit gehindert? Bei der letzten großen Arbeitslosigkeit dürfte es dem Ed. schwer fallen, gleich wieder Arbeit zu finden und selbiger, der Sohn eines armeren Schuhmachers, würde dann seinen Eltern zur Last fallen. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß es sich gar nicht um die Ausbildung als Steinmetzlehrling handelt. Wenn unsere Firma keine Befugnis zur Lehrlingsausbildung hat, so muß sie sich damit abfinden. Aber wir müssen uns als Arbeiter wehren, wenn gegen einen Hilfsarbeiter in so unlogischer Weise vorgegangen wird.

Mühlhausen (Weißfalten). Es gibt sonderbare Kollegen. Schreibt da Miral ein Steinarbeiter aus dem Westerwald an einen hiesigen Unternehmer wegen Arbeit. Dabei stellt er die Bedingung, nur dann anzunehmen, wenn der Arbeiter X. entlassen wird. Der Unternehmer kam auch diesem sonderbaren Entschlusse nach und aus dem Westerwald wanderte der Pflastersteinmacher Flo d. zu. Dieser Vorgang ist so charakteristisch, daß er den Steinarbeitern Deutschlands unterbreitet werden muß. Es ist tief bedauerlich, daß es unter der Arbeiterschaft noch solche Elemente gibt.

Zilling. Hier fand am 8. November unsere Monatsversammlung statt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende einen Fall bekannt, welcher unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse betrafte. Wenn sich ein Arbeiter etwas zuzuschulden kommen läßt, so sind die Herren Pölkere gleich mit allen Schindeln, wie „organisierte Tarifbrecher“ und dergleichen mehr da. So erlaubte sich ein solcher Herr vor kurzem erst einem Kollegen gegenüber zu sagen, weil er, laut Tarifvertrag, Sonnabends um 5 Uhr Feierabend machte: „Wenn du um 5 Uhr aufhörst, so stehe ich dir die halbe Stunde ab!“ Kollegen! Ihr feht nun, was mit euch vorgeht, aber den Weg an eurer Berufsorganisation findet ihr nicht! Anstatt in die Versammlung zu gehen und eure Interessen zu vertreten, wie es sich für einen arbeitenden Arbeiter gebührt, setzt ihr euch in andre Wirrkäuser und trachtet dort gegen eure Feindgenossen auf. Mit diesen Redereien ist euch aber doch nicht geholfen. Also hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands! Im Verschiedenen wurde beschlossen, den Kollegen Heintinger wegen rückständiger Beiträge zu freizeihen.

Ulm. Eine am 17. Oktober im Gewerkschaftshaus abgehaltene Monatsversammlung, befaßte sich besonders mit den drückenden Angelegenheiten. Scharf kritisiert wurde die schriftliche Zusprechung, welche hier gang und gäbe ist. Trotzdem die hiesigen Verhältnisse trauriger zu nennen sind, ist das Interesse der Kollegen noch nicht so gewachsen, daß sie die Versammlungen besuchen, wo es durch zahlreiche Besuche wohl möglich wäre, Mittel und Wege zu finden, unsere mißliche Lage zu bessern. Indem nun in Ulm hauptsächlich Kunststein (sowie Eisenbeton (Korax) in Frage kommt, wäre es dadurch schon eine Notwendigkeit, die Versammlungen reger zu besuchen, damit sich die einzelnen Kollegen, die sich in der Vorarbeitenarbeit als Konkurrenten gegenübersehen, besser verständigen können und nicht die Preise auf eine Stufe herunterdrücken, die man schriftlich gesagt, unter Hund nennt. In punkto Kunststeinbearbeitung, der Haupterwerbszweig der Ulmer Steinmetzen, kommt die Firma E. Schmitt in Frage. Schon seit Juli herrscht dort eine Arbeitslosigkeit, daß 65-70 Steinmetzen, welche von Dittler bis Mitte Juni mit Hochdruck arbeiteten, zum großen Teil auf ein Minimum von 30 Kollegen zurückgegangen sind. Die Firma versucht nun alles, wenigstens die Leute, die sich noch im Betrieb befinden, zu beschäftigen und reduzierte die Arbeitszeit auf 8 Stunden. Die durchreisenden Kollegen mögen sich deshalb vor dem Ausprechen bei dem Vorsitzenden, der auch die Arbeitsverhältnisse ausbezahlt, erkundigen. Für die Ulmer Steinarbeiter aber soll diese Krise ein Grund zu festem Zusammenstehen und besserem Verhandlungsbewußtsein sein, jeder Kollege sei sich seiner Pflicht als organisierter Arbeiter bewußt, dann bleibt auch für Ulm ein Erfolg nicht aus.

Wiesa bei Ramens. Am 20. Oktober fand hier eine Betriebsversammlung für die Kollegen im Grünsteinwerk Wiesa statt, welche sehr gut besucht war. Als Referent war Kollege Jahn anwesend. Er hielt ein Referat über das Thema: Was bietet uns die Organisation. Die Kollegen verfolgten mit größter Aufmerksamkeit seine Ausführungen. Daß das Referat wirkend war, ist daraus zu ersehen, daß sich ein großer Teil der Anwesenden nach der Versammlung in den Steinarbeiterverband aufnehmen ließ. Wir sind der Überzeugung, daß der Verband in dem Betriebe nun endlich mal festen Fuß fassen wird, um die Mängel, die da noch herrschen, aus dem Wege zu schaffen. Zu bemerken ist noch folgendes: An dem Tage, an dem die Betriebsversammlung stattfinden sollte, war die Zahl der Teilnehmer sehr gering. Wir sind nun üblich ist, wurden einige Zettel in den Räumen angeheftet. Ein Vorgesetzter glaubte sich dadurch berührt zu machen, indem er einige Zettel herunterriß. Er trat auch mit den Füßen darauf rum. Diese Zettel muß man doch nicht gerne hängen lassen. Am jetzigen Tage wurde auch einem Arbeiter gekündigt, der sich mit dem Materialausgeben zur Betriebsversammlung beschäftigt haben soll, welches aber der Wahrheit nicht entspricht. Die Grünsteinwerke liefern nur für häßliche und hässliche Bauverwaltungen. Die Verbandsleitung

wird, wenn den Arbeitern das Koalitionsrecht unterbunden werden soll, sofort den Baubehörden darüber Informationen zukommen lassen. Die Arbeiter haben auch eingesehen, daß es ohne Verband nicht mehr geht.

Steinausreibungen.

Nachstehende Baubehörden schreiben folgende Steinquantitäten aus:
Gemeindebehörde in Oberndorf bei Schwäbisch. Lieferung von vorerst 500 Ibs. Meter Granitrandsteinen.
Stadtbaumeister in Tirschan. Lieferung von 3000 Quadratmeter schwebeliche Mithenpflastersteinen.
Kgl. Festungsbau in Gladbeck i. W. Lieferung von etwa 3500 Tonnen Packlagensteinen aus weiterbeständigem Material, sowie von etwa 2700 Tonnen gewaschenem Gletsches frei Uebergabebahnhof Votrup, zusammen oder geteilt.
Kreisbaumeister in E. G. v. a. M. Ausführung von Erb- und Befestigungsarbeiten, sowie Materiallieferung usw. zum Neubau einer 3000 Meter langen Verbindungsstraße von Oberwesel a. Rh. nach Langscheid in einem Lote. (U. a. 13 600 Quadratmeter Packlage und 1035 Kubikmeter Kleinfußlag.)
Kgl. Wasserbauamt in Croßen a. O. Lieferung von 300 Kubikmeter Schuttsteinen zu den Strombauern in der Oder von Meisig Kilometer 150 bis unterhalb Pöllenzig Kilometer 533 für 1914.
Kgl. Straßen- und Wasserbauamt in Kuerbach i. B. Lieferung von 1370 Quadratmeter Kleinfußpflaster- und 113 Meter Randsteinen frei Bahnhof Klingenthal, sowie von 4020 Quadratmeter Kleinfußpflaster- und 1320 Meter Randsteinen frei Bahnhof Gießfeld für 1914.
Oberbürgermeister in Solingen. Lieferung von ca. 3000 Kubikmeter Basaltkleinfußlag in Korngröße 2-5 Zentimeter für 1914.
Hofbaumeister in Dresden. Granitarbeiten zum Neubau der Stublenanstalt, Ecke Melanchthon- und Weintraubenstraße.
Groß. Wasser- und Straßenbauinspektion in Heidelberg. Für die Herstellung der Bahnhofs- und neuen Neckarbrücke Ziegelhausen-Schlierbach Lieferung von: 1 480 Quadratmeter Mithenpflaster aus Granit; 2 50 Quadratmeter Innenpflaster aus Sandstein und 3 850 Quadratmeter Kleinfußpflaster aus Granit.
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in Thon. Lieferung von etwa 1900 Quadratmeter Mithenpflastersteinen 8. Klasse aus Hartgestein.
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt II in D. u. a. b. i. d. Lieferung von 2500 Quadratmeter Pflastersteinen für Bahnhof Wände (Westf.).
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt in M. G. l. a. b. a. c. Lieferung von ca. 930 Quadratmeter Pflastersteinen aus Basalt oder Basaltlava.
Stadtbaumeister in K. o. l. m. a. r. Lieferung von ca. 450 Ibs. Meter Randsteinen aus Granit.
Kreisbaumeister in D. e. e. s. o. w. a. d. Spree. Lieferung von 6450 Kubikmeter Ghauffierungsteinen frei Gebrauchsstelle zum Ghauffebau.
Finanzdeputation in Hamburg. Lieferung von 24 000 Kubikmeter Pflastergranit für Straßenbauten im Hafengebiet in zwei Losen.
Die Stadt Tirschan schreibt schwebeliche Material vor; dagegen legen wir den schärfsten Protest ein.

Hyänen auf dem Arbeitsmarkt.

Im Organ des christlichen Holzarbeiterverbands ist unter obiger Überschrift zu lesen:

Dahlegh ist die größte Gemeinheit ist, Beschäftigungslöse Leute zu betrügen, vielleicht um die letzten Groschen zu bringen, so ist doch der Stellenmangel, wie man derartige Betrügereien allgemein nennen könnte, zu einem richtigen Industriezweig geworden, zu einem Industriezweig, aus dem Tausende verkommenen Menschen Augen glohen und für den viele Tausende Beschäftigungslöse Opfer bringen.

Solche Worte schreibt das Blättchen in seiner Nr. 45 vom 6. November 1913. In der vorausgehenden Nummer vom 30. Oktober befindet sich dahingegen das folgende Interat:

In Hamburg finden tüchtige Möbelsticker, die nachweislich schon längere Zeit in größeren Betrieben gearbeitet haben und mindestens 24 Jahre alt sind, Beschäftigung.

Arbeitsnachweis des christlichen Holzarbeiterverbands.

Danach hätte es scheinen, als ob in Hamburg eine tiefe Nachfrage nach Möbelsticker vorhanden wäre und das Organ der Christlichen in unheimlicher Weise für Besetzung der freien Arbeitsplätze sorgen wolle. Doch davon ist natürlich gar keine Rede.

Wenn in irgendeinem Gewerbe und Orte die Arbeitslosigkeit groß ist, dann in Hamburger Holzgewerbe. Nicht nur die mangelnde Arbeitsmöglichkeit infolge der allgemeinen Geschäftskrise, sondern die Nachwirkung des heftigen Kampfes vom Jahre 1911 drückt herartig auf den Arbeitsmarkt, daß die Holzarbeiter in Hamburg in großer Zahl nicht nur wachen, sondern monatelang arbeitslos auf der Straße liegen. Der Bericht des paritätischen Arbeitsnachweises über den Stand des Arbeitsmarktes in der Holzarbeiterzeitung für die Woche vom 23. bis 31. Oktober zeigt, daß für Möbelsticker nicht eine einzige offene Stelle vorhanden war, daß zwar 47 Stellen besetzt wurden, aber 235 Möbelsticker sich als arbeitslos meldeten. Und nach demselben Bericht waren nicht weniger als 754 Holzarbeiter der verschiedenen Branchen in Hamburg arbeitslos gemeldet, und zwar viele seit längerer Zeit. Trotzdem versuchen die Christlichen, noch mehr Arbeitslose nach Hamburg zu schaffen, die natürlich das Meer der Arbeitslosen vermehren. Werden durch solches Gebaren nicht Beschäftigungslöse Leute um die letzten Groschen betrogen? Ist das nicht auch Stellenmangel? Ist das nicht, wie das christliche Blättchen sich ausdrückt, die größte Gemeinheit? Und wo sitzen in diesem Falle die verkommenen Menschen, die aus der Not der Arbeitslosen Nutzen zu ziehen suchen? Das sind die Drahtzieher einer sogenannten Arbeiterorganisation, die eben auf ehrlichem und dem Wege in Hamburg nicht Fuß fassen können und darum den trüben Weg wählen, nur um in dem einen oder andern Betriebe unter den ungünstigsten Verhältnissen des jetzigen Arbeitsmarktes hineinzuflüpfen.

Neben dieser moralischen Verwerflichkeit hat aber das Verhalten der Christlichen noch eine andre Bedeutung. Wie überall, so hat auch besonders in Hamburg der Holzarbeiterverband durch jahrelange schwere Kämpfe und Opfer die Arbeitsbedingungen verbessert und durch Schaffung eines Tarifvertrags mit den Unternehmern die Rechte der Arbeiter sichergestellt. In diesen Kämpfen und Opfern hatten die Christlichen natürlich so gut wie gar keinen Anteil, aber daß sie nun auch noch darauf hinwirken, das Erungene zu verschleiern, mit den schärfsten Widerstand der Holzarbeiter hervorzurufen. In dem oben getechneten Verhalten der Christlichen offenbart sich nämlich auch ein ekelhafter Veritaßbruch. Bekanntlich endete der langwierige Kampf der Hamburger Holzarbeiter im Jahre 1911 mit der Aufrechterhaltung des paritätischen Arbeitsnachweises, den die Unternehmer damals mit aller Gewalt besetzen wollten. In dem abgeschlossenen Tarifvertrage des Holzgewerbes für Hamburg-Altona-Wandsbek und Umgebung befindet sich folgende Bestimmung:

Als Arbeitsvermittlungsstelle gilt der paritätische Arbeitsnachweis für das Hamburger Holzgewerbe, dessen Satzungen sie für sich als bindend anerkennen. Andre Arbeitsnachweise dürfen nicht benannt werden.

Nach den Bestimmungen des geltenden Tarifvertrags sind alle Holzgewerbetreibenden als Mitglieder der vermittelnden Arbeitsvermittlungsinstitutionen vertraglich verpflichtet, den paritätischen Arbeitsnachweis bei allen Einstellungen von Arbeitkräften zu benutzen. Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, begeht nach dem Vertrage und den wiederholten Entscheidungen der Eichlungskommission Vertragsbruch.

Nach Beendigung des Kampfes und Abschluß des Vertrags waren es zunächst die Streikbrecher, die sich eine gelbe Organisation

geschaffen hatten und nun weiter versuchten, ihre Klauselherdichte fortzusetzen. Es fanden sich auch Unternehmer, die mit jener Gesellschaft die Karten mischten und den Vertrag mit Flügen traten. In solchem Bunde konnten die Christen nicht lange fehlen! Neben den Gelben gründeten auch sie sich einen eigenen Arbeitsnachweis, lediglich zu dem Zwecke, ihrer vertragsbrüchigen Quertreiber ein legitimen Anspruchs zu geben.

Rundschau.

Richard Schubert †. Im schlesischen Sandsteingebiet hält der Schnitter Tod reichliche Ernte. Erst in der letzten Nummer meldeten wir das Hinscheiden des Kollegen R. K. K. Nun ist am 1. November in Groß-Waldig bei Markwig im 39. Lebensjahre nach langem Leiden Kollege Richard Schubert an der Berufskrankheit gestorben. Mit großer Bewusstseinsklarheit leitete er mehrere Jahre die Zahlstelle Wenig Markwig. — Als vor einigen Wochen in diesem Ort eine Versammlung wegen einer wichtigen Vorklage stattfand, da schleppte sich der schwerkranke Kollege Schubert noch ins Versammlungslokal, um an der entscheidenden Beratung teilzunehmen. Die deutsche Steinarbeiter-Gesellschaft wird dem Verstorbener ein ehrendes Andenken bewahren.

Schutzbrillen. In der Steinindustrie wird im allgemeinen mit Recht verlangt, daß die Arbeiter Schutzbrillen tragen müssen. Unsere Kollegen wehren sich teilweise gegen das Tragen von Brillen, mit der Begründung, daß damit die Arbeitsintensität eingengt wird. Der Unwille gegenüber den Schutzbrillen kommt aber häufig daher, weil dem Arbeiter dieselben nicht angepaßt werden. Es liefert eben die Fabrik ein oder zwei Modelle; die Gläser haben überdies in der Schärfe ein und dieselbe Nummer, und nun sollen Hunderte von Kollegen mit solchen Brillen arbeiten. — Kürzlich besuchten die Werkmeister aus der westfälischen Schwerindustrie die Charlottenburger Wohlfahrtsanstalt; dabei erklärte ein Meister über die Zweckmäßigkeit der Schutzbrillen folgendes:

Er habe längere Zeit Versuche mit verschiedenen Modellen gemacht. Länger als 15 Minuten habe er ohne Beschwerden mit einer Schutzbrille nicht arbeiten können. Die meisten Brillen seien zu plump und zu schwer. Auch sähen sie zu dicht vor den Augen. Bei der Auswahl der Brille müsse man die einzelnen Arbeiter berücksichtigen. — Insbesondere dürften auch nur solche Gläser gewählt werden, die für das betreffende Auge passen. Schließlich sollten Brillen nur da verlangt werden, wo sie unbedingt notwendig sind.

Die Ausführungen jenes Meisters können wir Wort für Wort unterschreiben. Es liegt ja auch völlig klar, daß die Schutzbrille dem Auge speziell angepaßt werden muß. Ein Steinmetz, der viel auf Profilierungen zu tun hat, kann präzisere Arbeiten nicht mit jeder beliebigen Brille ausführen. Die Unternehmer würden gut tun, sich die zitierten Ausführungen zu merken.

Verkaufslizenz der Pflastersteinbrüche? Ein Leipziger Blatt meldet: In Sachsen hat sich seit einiger Zeit staatlicherseits das Bestreben gezeigt, überall Steinbrüche zur Gewinnung von Pflastersteinen aufzukaufen. Der Staat hat namentlich für das sogenannte Kleinpflaster einen sehr großen Bedarf, da im Interesse der besseren Erhaltung der fiskalischen Landstraßen und mit Rücksicht auf den wachsenden Automobilverkehr überall Pflasterungen vorgenommen werden. Der Staat hat die Absicht, zu den bisher erworbenen Brüchen noch mehr Steinbrüche anzukaufen und so im Laufe der Zeit die Privatindustrie fast vollständig auszuschalten. In industriellen Kreisen macht sich gegen diese Monopolisierung des Staates eine Bewegung geltend. Die betreffenden Kreise sehen auf dem Standpunkte, daß dem Staate die in den staatlichen Brüchen gewonnenen Steine viel teurer kommen würden, als wenn er sie von der Privatindustrie bezieht, so daß eine solche vom Staate ausgehende Monopolisierung nur auf Kosten der Steuerzahler geschehen könne. Von diesem Gesichtspunkt aus wird, wie wir hören, im kommenden Landtage diese Angelegenheit von Abgeordneten, die der Industrie nahestehe, zur Sprache gebracht werden.

Von einem so großen Kauf von Pflastersteinbrüchen, daß ein Staatsmonopol in Aussicht stünde, ist bisher sonst noch nichts bekannt geworden. Die ganze Meldung hat in diesem Punkte wenig Schicksalhaftigkeit für sich. Wir würden auch nicht, in welchen Gebieten der Staat Steinbrüche ankaufen wollte, denn dort, wo gute Materialien gefunden werden, sind Steinbrüche schon längst eröffnet. Für uns ist das eine besonders interessante, daß der Staat seine Straßen mit Kleinpflaster belegen will. Und da winken ziemliche Aufträge.

Ein 260 Zentner schwerer Block wurde im Markwitzer Sandsteinbruch gebrochen. Der Stein findet zum Unterbau des Berliner Bahnhofs Verwendung.

Die schweizerischen Granitwerke in Vallons wurden um 152000 Frank veräußert. Die früheren Aktionäre haben gewaltige Summen an diesem Werte verloren. Aber es mußte so kommen. Das Unternehmen wurde von Richtschleichen geleitet, ein Tropf von Reamten mußte unterhalten werden, so daß diese Katastrophe eintrafen mußte. Die „Credito Ticinese“ hat aber mit den erpandenerten Banken ein glänzendes Geschäft gemacht.

Die Schieferindustrie in Frankreich. Die Schieferindustrie trifft man in Frankreich speziell in den Provinzen Maine, Loire und Bretagne, und zwar in den Orten Angers, Segré, Renazé. Aber auch in der Bretagne, so in Saint-James, Cores du Nord und anderen Gebieten bestehen solche Brüche, doch sind diese nicht von großer Bedeutung. Der zweitgrößte Schieferbruch ist derjenige von Ardenes; kleinere existieren noch in Savonnes, Damoise und Hauts-Alpes in der Provence. — Die beste Entlohnung der Arbeiter finden wir in Ardenes: die Arbeitszeit ist hier 8 Stunden, an Montagen und Sonnabenden nur 4 Stunden. In allen übrigen Gebieten ist entweder die Arbeitszeit eine längere oder sind die Löhne geringer, meistens tritt beides zusammen zu; in der Bretagne sind die Löhne vollständig ungenügend. — In den Orten Angers, Renazé, Ardenes, Segré, Bourgne sind die Arbeiter zum größten Teil organisiert, in den übrigen Bruchgebieten nicht. Wohl bestehen Vereinigungen in dem Bezirk St. Jean, doch werden diese von den Unternehmern selbst geleitet, als auch deren Kassen verwaltet, es sind dies die sogenannten „gelben Gewerkschaften“. Die Unternehmer sind in Angers und Anjou gut organisiert und verweigern jede Unterhandlung mit den Arbeitervertretern. Als vor wenigen Wochen 20 Arbeiter in einem Schieferbruch in der Nähe von Angers in eine Felsbewegung traten, hat der Meisterverband als in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter gesperrt, eine Zahl von über 1000 Arbeiter. Die Bewegung ist heute noch nicht beendet. — Die Unternehmerverschaft verfügt über die größten Schieferbrüche in Frankreich und reicht deren Konkurrenz nicht bloß an die Grenzen des Landes, sondern noch weit hinaus, speziell in England ist man die Kisten davon.

Grabhändler und Erpster. Aus der „Neu j. u.“ schreibt man uns: Auf diesem Gebiet wurde von Familienangehörigen des Verstorbenen die Schenkung gemacht, daß die Urnen der Verstorbenen über die Gräber hinweg zu werfen. Nachforschungen waren vergeblich. Die Urnen eines verstorbenen Kindes des Jagobers eines Herrn Baumbach war auf einmal verschwunden und für Wiederherstellung derselben in einer Anzahl an den betreffenden Vater 500 M. gefordert worden. Die Summe sollte an einem Orte außerhalb des Gräberfeldes werden. Die Angelegenheit gelangte jedoch zur Sprache und schließlich konnte die Bestattung des Kindes in der Kirche des Grabhändlers bei Hildesheim 100 M. Rückzahlung an den Vater erfolgen. Die polizeiliche Untersuchung in der Kirche desselben soll verschiedene Anzeichen dafür ergeben haben, daß der Bestatter der gestohlenen Urnen von Grabhändlern und Erpsteren gestohlen ist. Dem künftigen Grab-

hofsauflieger sind seit Wochen Beschädigungen an Gräbern, und zwar immer gerade an solchen, die nicht von Nibel hergerichtet waren, aufgefallen, so daß der Friedhofsauflieger von seinem Verdacht gegen Nibel gar kein Dehl gemacht hat. Nach den noch abgängigen Nibelbehältern wurden auf dem Werkplatz Nachgrabungen vorgenommen, wo auch welche gefunden wurden. Zwischen den Gräbern und Untergräbern Friedhofsverwaltungen sollen schon längere Zeit Verhandlungen darüber geschwebt haben, Nibel von den Friedhöfen auszuschließen. Der Verhaftete war ein großer Gegner unseres Verbands. Nun ist der christliche Herr Nibel mit einemmal erkannt worden.

Bekanntmachung des Verbandsausschusses.

Wir ersuchen die Kollegen resp. Zahlstellenverwaltungen, die bezwungen sind, sich beschwerdeführend an den Verbandsausschuß zu wenden, in allen Fällen, wo es sich um die Gewährung von Unterstützung jeglicher Art handelt, die Mitgliedsbücher der Beschwerdeführer mit einzufenden.

Weiter ersuchen wir die Ortsverwaltungen, die Beschwerden eingehend zu prüfen, ehe sie ihre Unterstützung erteilen.
Der Verbandsausschuß. R. A.: Joseph Elsner.
Dresden-Neustadt, Riesaer Straße 8, I.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 2. bis mit 8. November.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Mendenburg, B. 3.—, Grandenz, B. 4.20, K. 0.30. Toltedt, B. 4.80, Div. 0.20. Stade, B. 20.40, K. 0.20. Magdeburg, Div. 0.60. Danzig, B. 52.08, E. 0.50, K. 1.10, M. 1.50. Königsbrück, B. 340.—, K. 5.—. Neujah, B. 150.20, K. 0.60. Pirnaisens, B. 19.40, K. 3.20. Stuttgart, B. 264.50, E. 6.50, K. 0.70, M. 5.—. Kamenz, B. 104.—, E. 25.—. Ehringsdorf, B. 105.—, M. 4.05. Halbinsel, B. 82.98, E. 0.75, K. 0.30. Breslau, B. 600.—, Ins. 2.60. Stade, B. 6.—. Coblenz, B. 4.80. Wittenberge, B. 4.80, Div. 0.10. Ellenburg, B. 6.60. Nienstedten, B. 7.80, Div. 0.10. Clausnitz, B. 21.—. Dresden, Ins. 2.—. Saarbrücken, Ins. 2.40. Striegau, Div. 2.—. Gottesberg, B. 2.50. Driburg, B. 8.40. Remgo, B. 9.10. Bremke, B. 26.46, E. 1.—, K. 1.20. Faulbach, K. 20.60. Chemnitz, B. 200.—. Ehrenfriedersdorf, B. 68.—, M. 1.50. Gäßlich, B. 355.—, E. 2.75, K. 0.40, M. 0.60. Königshain, B. 104.—. Mannheim, B. 21.68, E. 2.50. Einbeck, Ins. 2.80. Ottenhöfen, Ins. 3.20. Offenburg, Ins. 2.40. Fleußen, B. 3.50, K. 1.50. Wiffelhöfde, B. 9.00. Jänsburg, B. 23.20. Leipzig, B. 2.—. Zeltow, B. 1.20, K. 0.30, Div. 0.10. Ribben, B. 2.40. Bergen, B. 3.—, E. 0.50. Gadersleben, B. 24.70, K. 0.50. Tugern, Ins. 1.60. Leipzig, Ins. 2.40. Hammelsbach, B. 154.—. Gildesheim, B. 118.—. Braunschw. B. 220.44, E. 1.50, K. 0.80. Aueleben, B. 29.40, K. 0.50. Berlin, Div. 1.05.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekannmachungen.

Dortmund. Der Steinmetz Johann Kirse (Buch-Nr. 33811), zurzeit wahrscheinlich in Hannover, wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Dortmund gegenüber nachzukommen.
Die Ortsverwaltung.

Hlensburg. Der Steinmetz Fritz Krähig möchte mir seinen Aufenthalt bekanntgeben. Paul Heinmann, Burgstraße 8, I.

Anzeigen

Steinarbeiter von Groß-Rosen und Tschirmitz.
Um das heuchlerische Gebaren der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine kennzeichnen zu können, finden

Zwei Versammlungen
Sonntag, den 16. Nov., nachm. 3 Uhr, in Groß-Rosen, u.
Mittwoch, den 19. Nov., abends 5 1/2 Uhr, in Tschirmitz
statt. — Thema: Der Bund und die Herren. Referent: Kollege Georg Steinger. — Es wird Massenbesuch erwartet.
Der Einberufer: Gustav Müller.

Lichtbilder-Vorträge im Gau Würzburg.
Nürnberg: 17. Novbr., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Kirchheim: 18. Nov., abends 6 Uhr, in der Bahnhofs-Gewerkschaft.
Hasenthal: 20. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, im „Berliner Hof“.
Steinach: 30. November, abends 6 Uhr.
Referent in allen Versammlungen: Hugo Walther, Leipzig.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet Die Gauleitung.

Bezirk Beucha-Grimma und Umg.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich in Beucha Nr. 23b.
Geschäftszeit: Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags von 8-1 Uhr, nachmittags 3-7 Uhr; Sonnabend, vorm. von 8-1 Uhr; Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr. Wir bitten, bei allen Postsendungen obige Hausnummer anzugeben.
Der Bezirksvorstand.

Neuheit für Steinmetzen!
Simplon-Stockhammer
Ersatzplatten
hierzu liefere zu ermäßigten Preisen.
Albert Baumann, Aue (Erzgeb.)
Werkzeugfabrik.

Allein-Vertrieb
der sehr beliebten Diesel'schen gestrickten Steinmetz-Gewenden und Hosen für Hamburg, Altona und Umgegend.
Emil Keidel Hamburg C
Bartelsstraße 93.

Die in Steinmetz-Kreisen sehr beliebten
Gestrickten Hemden
empfehlen den Kollegen zum billigsten Preis
Chr. Diesel, Johnsndorf bei Zittau.

Seibingsfeld. Wir möchten den Kollegen Johann Wollstrom von Wandersbader nochmals ermahnen, seinen Verpflichtungen auf Platz Winterhelt nachzukommen.

Die Kollegen von Platz Winterhelt.
Kamenz (Aussch.). Der Steinmetz Paul Thamm ist von hier abgereist, ohne sich abzumelden und sein Verbandsbuch mitzunehmen. Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Thamm bekanntzugeben.
Georg Wagner, Vorsitzender.

Mainz. Der Steinmetz Albert Wein aus Schmerlfon (Schweiz) geb. am 9. November 1889, hat sein Verbandsbuch in Unordnung hier liegen lassen. Die Vertrauensleute werden ersucht, dem Wein keine Interimskarte auszustellen. — Ferner den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß in den vier Wintermonaten im Verbandslokal „Goldener Pfug“, unentgeltlich Schlafkarten abgegeben werden.
Robert Korn, Kassierer.

Ulm. Durchreisende Kollegen haben sich vor dem Aufsprechen beim Vorstehenden R. Hof (Gewerkschaftshaus) zu erkundigen; das selbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Wesphalen. Die Steinmetzen Kamillo Starke und Artur Graichen sind aus der Mitgliedsliste gestrichen.
Albin Kirchhölzl, Vorsitzender.

Weimar. Zurreisende Steinmetzen haben sich vor Befragung um Arbeit beim Kollegen P. Harz, Bahndorffstr. 20, zu melden.

Adressen-Änderungen.

Bischofsgrün (Fichtelgeb.). Vori.: Valentin Glaser, Bischofsgrün. Kass.: Johann Schreier, Brunsengel (Post Bischofsgrün).
Hornberg. Vori.: Otto Hermann, Schloßstraße 91.
Noblenz. Kass.: August Hülzen, Rümerstraße 124. — Dort wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
Wien (Innland). Vori.: Jakob Krenser III, Gartenstr. 9. Alle schriftlichen Angelegenheiten sind an den Vorkassier Jakob Braun, Hotel zum alten Frik, zu richten.
Oldenburg i. Gr. Vori.: Franz Koppitz, Donnerstauer bei Oldenburg, Schulweg 179. Kass.: Walter Johansen, Osterburg bei Oldenburg, Schützenhofstraße 20a.
Steinach (S.-M.). Kass.: R. Luthardt-Perzog, Weinbergstraße.
Werkhofen (Ruhr). Kass.: Joseph Piek, Buchholz Nr. 5 (Post Werkhofen a. Ruhr).

Versammlungskalender.

Mitglieder-Versammlungen
Halle a. S.: 15. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Lage i. L.: 16. Nov., nachm. 3 Uhr, bei Gastwirt H. Müllmann.
Demitz-Thumitz: 16. Nov., nachm. 2 1/2 Uhr, im „Erbsgericht“.
Mittweida: 16. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Volkshaus.

Briefkasten.

P. P. 95. Rein. — Bonn. Wir müssen um eine deutlichere Adressenangabe ersuchen. Die Straßennamen sind völlig undeutlich geschrieben. — Arnsdorf. Von einer Veröffentlichung nehmen wir Abstand. Denunziationen sind eben immer traurige Gesellen. Die Schreiber werden sich hüten, ihren Namen zu nennen.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett, Leder- und Wuschleinen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige Steinmetzen und Pflastersteinmacher
bei guten Akkordlöhnen für dauernde Arbeit gesucht von
Granitwerke Steinerne Henne, H.-O., Wernigerode a. Harz.

Tüchtiger Mineral-Müller
als Vorarbeiter bei gutem Lohn in dauernde Stellung per sofort gesucht.
Gewerkschaft Wittburg, Alveris b. Waldrauh (Kreis Srier).

20 tüchtige Granitsteinmetzen
auf bessere Bauarbeit für dauernde Winterarbeit gesucht. Bezahlung erfolgt nach Tarif.
Carl Baesche, Werksteinindustrie, O. m. b. H. Jannowitz (Riesengebirge).

Steinrichter
werden noch bei hohen Akkordlöhnen eingestellt.
Gewerkschaft Heiligenmühle, Abteilung Besatzwerke in Oechsen (Hön) bei Vacha a. d. Werra.

Tüchtige Steinbrecher und Steinhauer
stellen sofort zu dauernder und lohnender Beschäftigung ein
Gebr. Seidler, Kleinrinderfeld bei Würzburg.

Gestorben!
Unter dieser Aufschrift werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.
In Augsburg am 7. November der Marmorsteinmetz Anton Mayer, 51 Jahre alt, an Kehlkopfentzündung.
In Köln II am 6. November der Maschinenfleischer Anton Reffen, 26 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.
In Groß-Waldig am 1. November der Sandsteinmetz Richard Schubert, 39 Jahre alt, an Tuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!
Berichtigung: In Nr. 43 muß es unter München heißen: Georg Seel.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Berlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.